

■ **Moderne Kriege werden nicht nur auf dem Schlachtfeld, sondern auch in Fabriken und Bergwerken gewonnen. Diese Erfahrung machte die politische und militärische Führung des Deutschen Reichs zwischen 1914 und 1918, als die Seeblockade der britischen Marine Rohstoffimporte aus Übersee weitgehend unterband. Jonas Scherner geht am Beispiel der Beschaffung kriegswichtiger Metalle wie Kupfer und Zinn der Frage nach, wie Politiker, Ökonomen und Militärs im NS-Staat zwischen 1939 und 1945 mit diesem Problem umgingen, welche Lehren sie aus der Rohstoffbewirtschaftung im Ersten Weltkrieg zogen und was die „Metallmobilisierung“ über Politik und Strategie im nationalsozialistischen Deutschland verrät.** ■

Jonas Scherner

Lernen und Lernversagen

Die „Metallmobilisierung“ im Deutschen Reich 1939 bis 1945

I. Einleitung

Am Vorabend des Zweiten Weltkriegs erstellte der britische Geheimdienst eine Studie mit dem Ergebnis, dass Deutschland im Falle einer Blockade höchstens 15 bis 18 Monate Krieg führen könne.¹ Dieser Befund bestärkte die britische Regierung in ihrer harten Haltung dem NS-Regime gegenüber, da man sich nicht vorstellen konnte, dass Hitler unter diesen Umständen einen europäischen Krieg riskieren würde. Von zentraler Bedeutung für die britische Prognose war die erwartete schlechte Versorgungslage Deutschlands mit Nichteisenmetallen, darunter Kupfer und Zinn. Bei diesen Rohstoffen, die anders als Kautschuk oder Mineralöl nicht synthetisch hergestellt werden konnten, war das Reich nämlich weitgehend auf überseeische Importe angewiesen und verfügte nach den realitätsnahen Erkenntnissen des britischen Geheimdiensts nur über verhältnismäßig geringe Vorräte, die gerade einmal den Bedarf für sieben Monate (Kupfer) beziehungsweise 14 Monate (Zinn) decken konnten.² Beide Nichteisenmetalle waren – das hatte auch die NS-Führung erkannt – für die Kriegführung unverzichtbar.³ Zinn war besonders wichtig für Zünder, Fahrzeugteile und Konserven (und damit

¹ Vgl. William N. Medlicott, *The Economic Blockade*, Bd. 1, London 1952, S. 25-32.

² Für die tatsächlichen Vorräte: Bundesarchiv (künftig BArch), R 3/1797, Statistische Schnellberichte zur Kriegsproduktion.

³ Vgl. Wilhelm Treue, *Hitlers Denkschrift zum Vierjahresplan 1936*, in: VfZ 3 (1955), S. 184-210, und „Memorandum by Colonel Hossbach, 10 November 1937“, in: *Trial of the Major War Criminals before the International Military Tribunal*, Bd. 25: *Documents and other Material in Evidence. Numbers 001-PS to 400-PS, Nürnberg 1947, Dok. 386-PS, S. 403-413, hier S. 404.*

für die Wehrmachtsverpflegung), ohne Kupfer ließen sich Rüstungsgüter wie Führungsringe für Geschosse nicht herstellen.⁴

Trotz dieser ungünstigen Ausgangslage war das NS-Regime in der Lage, fünf-einhalb Jahre Krieg zu führen. Weder 1942 noch 1943 trat der von den Alliierten erwartete Zusammenbruch der deutschen Rüstungsproduktion wegen Metallmangels ein – ausländische Beobachter sprachen daher auch von einem „deutschen Metallwunder“.⁵ Die deutschen Kupfer- und Zinnvorräte waren Ende 1944 sogar deutlich höher als zu Kriegsbeginn, wobei der Zugriff auf Metallbestände und Erzvorkommen der besetzten Gebiete sowie umfangreiche Substitutions- und Einsparungsmaßnahmen eine wichtige Rolle spielten. Darüber hinaus machte sich das NS-Regime den Umstand zunutze, dass Metalle – anders als etwa Mineralöl – im Prinzip unvergänglich und damit wiederverwertbar sind.⁶ Dieses Recycling umfasste nicht nur Abfall und Schrott. Vielmehr wurden auch Metallgegenstände, die noch in Benutzung waren, im Rahmen der sogenannten Metallmobilisierung erfasst und eingeschmolzen.⁷ Insbesondere das so gewonnene Kupfer und Zinn waren von erheblicher Bedeutung für die deutsche Versorgung: Zwischen 1940 und August 1944 wurden allein durch die in Deutschland durchgeführte „Metallmobilisierung“ knapp 17 Prozent des Kupfer- und 21 Prozent des Zinnverbrauchs gedeckt, wobei diese Durchschnittswerte in einzelnen Jahren weit überschritten wurden.⁸ Und bei einer längeren Dauer des Kriegs hätten laut den Planungen des Reichswirtschaftsministeriums (RWM) noch immer beträchtliche Mengen mobilisiert werden können.

⁴ Vgl. Franz Ludwig Neher, *Kupfer, Zinn, Aluminium*, Leipzig 1940, S. 332 f.; Georg Berg/Ferdinand Friedensburg, *Kupfer*, Stuttgart 1941, S. 58, und Helmut Maier, *Forschung als Waffe. Rüstungsforschung in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und das Kaiser-Wilhelm-Institut für Metallforschung 1900 bis 1945/48*, Bd. 2, Göttingen 2007, 693 f.

⁵ Ebenda, S. 691.

⁶ Vgl. Burton H. Klein, *Germany's Economic Preparations for War*, Cambridge 1959, S. 113 u. S. 121. Dieser Umstand hatte bereits vor dem Krieg zu einer Forcierung der Altmetallsammlung geführt.

⁷ Zur zeitgenössischen Definition vgl. die Dissertation von Chad Benjamin Denton, *Metal to Munitions. Requisition and Resentment in Wartime France*, University of California, Berkeley 2009, hier S. 200.

⁸ Daneben wurden noch weitere Metalle wie Nickel, Blei oder Antimon mobilisiert, wobei die erfassten Mengen allerdings wesentlich weniger bedeutend für die Versorgung waren, als dies bei Kupfer und Zinn der Fall war; BArch, R 3/1957, Bl. 95, 8. Wochenbericht des Planungsamts, 23.2.1944, und Bl. 265, 23. Wochenbericht des Planungsamts, 20.6.1944.

⁹ Aus BArch, R 3/576 und R 3/1797, Statistische Schnellberichte, entstammen die Angaben für die mobilisierten Mengen (Metallinhalt) und Verbrauchsdaten; aus BArch, R 3/1957, Bl. 95, 8. Wochenbericht des Planungsamts, 23.2.1944, die Angaben für geringfügig abweichende Mengen von 1940 bis 1943. Die Angaben für 1944 umfassen nur die ersten acht Monate. Die Ober- und Untergrenzen der geplanten Mobilisierungsmengen beruhen auf BArch, R 3/1868, Bl. 38-42, *Entwicklung der deutschen Metallversorgung seit Kriegsbeginn und Vorschau bis zum Jahr 1943*, Reichswirtschaftsministerium – Metallreferat, Juli 1943. Die Untergrenzen ergeben sich aus den Maßnahmen, bei denen die Mobilisierung relativ unproblematisch galt, während bei den Obergrenzen auch solche Maßnahmen aufgeführt wurden,

Tabelle: Die Bedeutung der Mobilisierung für die deutsche Metallversorgung⁹

	Tatsächliche Mobilisierung						Geplante Mobilisierung	
	1940	1941	1942	1943	1944	1940–44	1945	1946
Kupfer (in Tonnen)	20.400	22.800	66.000	66.000	34.800	210.000	40.000– 81.520	24.000– 70.500
in Prozent des Kupferverbrauchs	7	6	28	30	24	17	20–41	12–35
Zinn (in Tonnen)	1.020	1.080	5.100	900	714	8.814	1.200– 4.165	900– 1.640
in Prozent des Zinnverbrauchs	12	10	62	14	13	21	15–51	11–20

Trotz ihrer großen Bedeutung ist über die „Metallmobilisierung“ im Reich, im Unterschied zu den vom NS-Regime in den besetzten westeuropäischen Gebieten durchgeführten Mobilisierungsmaßnahmen, nur wenig bekannt.¹⁰ Man weiß, dass bestimmte Gegenstände systematisiert erfasst worden sind, wobei es oftmals, etwa bei der Abnahme von Kirchenglocken, zu Zwang in Form von Beschlagnahmungen kam.¹¹ Auch ist klar, dass die meisten Maßnahmen in etwa denen entsprachen, die sich im Ersten Weltkrieg bewährt hatten.¹² Unklar bleibt allerdings, welche Prämissen bei der Konzipierung und Durchführung der „Metallmobilisierung“ handlungsleitend waren. Waren lediglich ökonomische Gesichtspunkte im engeren Sinn maßgeblich oder nahm das NS-Regime – ebenso wie bei manchen anderen wirtschaftspolitischen Entscheidungen – Rücksicht auf die Stimmung der deutschen Bevölkerung?¹³ Hatte man aus vermeintlichen Fehlern im Ersten Weltkrieg gelernt? Wenn auch außer Frage steht, dass die Nationalsozialisten in ihrem Denken stark den Erfahrungen des Ersten Weltkriegs verhaftet waren, so sind, wie Kim Priemel kürzlich zu Recht bemerkte, unsere Kenntnisse darüber, inwieweit sie daraus konkrete Lehren gezogen haben, doch nur lückenhaft.¹⁴

die mit hohen Kosten verknüpft waren. Bei der Berechnung der Quoten für 1945 und 1946 wurde schließlich unterstellt, dass der monatliche Verbrauch dem von 1944 entsprechen würde. Die Mitte 1943 prognostizierten Mengen für 1945 und 1946 dürften auch noch aus der Perspektive des Spätjahrs 1944 als realisierbar erachtet worden sein, da die kumulierten Ist-Werte der Jahre 1943 und 1944 die Sollzahlen nicht ganz erreichten. Zu den Sollzahlen: BArch, R 3/1957, Bl. 95, 8. Wochenbericht des Planungsamts, 23.2.1944.

¹⁰ Vgl. Dietrich Eichholtz, *Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft*, Bd. 2: 1941–1943, Berlin 1985, S. 370; Denton, *Metal, and Kirrily Freeman, Bronzes to Bullets. Vichy and the Destruction of French Public Statuary, 1941–1944*, Stanford 2009.

¹¹ Vgl. Kirrily Freeman, „The bells, too, are fighting“. *The Fate of European Church Bells in the Second World War*, in: *Canadian Journal of History* 43 (2008), S. 417–450.

¹² Vgl. Denton, *Metal*, S. 175 f.

¹³ Zur Diskussion um mögliche Kürzungen von Lebensmittelrationen vgl. Christoph Buchheim, *Der Mythos vom „Wohlleben“*. *Der Lebensstandard der deutschen Zivilbevölkerung im Zweiten Weltkrieg*, in: *VfZ* 58 (2010), S. 299–328, hier S. 311.

¹⁴ Vgl. Kim Christian Priemel, *Lernversagen. Der Erste Weltkrieg und die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik*, in: Gerd Krumeich (Hrsg.), *Nationalsozialismus und Erster Weltkrieg*, Essen 2010, S. 299–322, hier S. 300.

Zudem drängt sich die Frage auf, ob die oft behauptete Zäsur in der Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft Anfang 1942 auch für die „Metallmobilisierung“ von Bedeutung ist.¹⁵ Diese Zäsur hoben die Verfechter der Hypothese von der Blitzkriegswirtschaft ebenso hervor wie die Anhänger der Ineffizienzhypothese. Erstere betonten, das NS-Regime habe Wirtschaft und Rüstung bis in die ersten Kriegsjahre hinein nur unzureichend auf einen längeren militärischen Konflikt ausgerichtet, angeblich weil man glaubte, die hochgesteckten Ziele durch kurze, massive militärische Schläge erreichen zu können. Hitler habe dadurch vermeiden wollen, die deutsche Bevölkerung durch eine zu starke Einschränkung des Konsums gegen sich aufzubringen.¹⁶ Erst nachdem es Deutschland 1941 nicht gelungen war, die Sowjetunion zu besiegen und es zugleich den USA den Krieg erklärt hatte, sei die deutsche Wirtschaft auf einen Abnutzungskrieg eingestellt worden.

Die Anhänger der Ineffizienzhypothese sind nicht der Meinung, dass die NS-Führung in der ersten Kriegshälfte eine Strategie der gebremsten Mobilisierung verfolgte. Vielmehr sei es zu einem Chaos in der Kriegswirtschaftsverwaltung nach dem Angriff auf Polen und dem Kriegseintritt der Westmächte gekommen, da man einen größeren europäischen Krieg erst zu einem späteren Zeitpunkt erwartet hätte. Außerdem sei die deutsche Kriegswirtschaft in diesen Jahren infolge polykratischer Strukturen durch massive Ineffizienz gekennzeichnet gewesen.¹⁷ All das habe sich geändert, nachdem Albert Speer im Februar 1942 zum Rüstungsminister ernannt worden sei und die deutsche Kriegswirtschaftsverwaltung reformiert habe.¹⁸

Im Lichte dieser beiden Hypothesen soll überprüft werden, ob sich diese Entwicklung auf dem Feld der „Metallmobilisierung“ widerspiegelt. Kam es zu radikaleren Maßnahmen in der zweiten Kriegshälfte, und lässt sich eine größere Effizienz beobachten? Wurde die Bevölkerung in den ersten Kriegsjahren stärker geschont als nach 1941? Oder lässt sich in Anschluss an die neue Literatur zur Ausbeutung besetzter Gebiete, zur Entwicklung der Rüstungsproduktion oder

¹⁵ Zur Kritik an dieser konventionellen Periodisierung aus der Perspektive der Rüstungswirtschaft, die in jüngster Zeit zunehmend in Frage gestellt wird, vgl. Jonas Scherner/Jochen Streb, *The Mirage of the German Armament Miracle in World War II*, in: Jari Eloranta u. a. (Hrsg.), *Economic History of Warfare and State Formation*, Tokio 2016, S. 243-258.

¹⁶ Vgl. Alan S. Milward, *Die deutsche Kriegswirtschaft 1939–1945*, Stuttgart 1966, S. 60 f. Zu Tieferüstung und Breitenrüstung vgl. auch Georg Thomas, *Geschichte der deutschen Wehr- und Rüstungswirtschaft (1918–1943/45)*, Boppard am Rhein 1966.

¹⁷ Vgl. Rolf-Dieter Müller, *Die Mobilisierung der Deutschen Wirtschaft für Hitlers Kriegführung*, in: *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg (DRZW)*, Bd. 5/1: *Organisation und Mobilisierung des Deutschen Machtbereichs*, Stuttgart 1988, S. 349-692. Zur jüngeren Kritik an der behaupteten Ineffizienz der NS-Verwaltung vgl. Rüdiger Hachtmann, *Elastisch, dynamisch und von katastrophaler Effizienz. Zur Struktur der Neuen Staatlichkeit des Nationalsozialismus*, in: Sven Reichardt/Wolfgang Seibel (Hrsg.), *Der prekäre Staat. Herrschen und Verwalten im Nationalsozialismus*, Frankfurt a. M. 2011, S. 29-73.

¹⁸ Vgl. Richard J. Overy, *War and Economy in the Third Reich*, Oxford 1994, S. 356-363.

zur Investitionstätigkeit, auch bei der „Metallmobilisierung“ eher eine Kontinuität feststellen?¹⁹

Die Angaben in der vorstehenden Tabelle zeigen, dass in der zweiten Kriegshälfte die Bedeutung der mobilisierten Metalle deutlich größer war als in den Jahren zuvor, was auf den ersten Blick die gängigen Periodisierungen zu bestätigen scheint. Offen bleibt jedoch, wann und von wem die entsprechenden Entscheidungen getroffen worden sind, also ob dafür überhaupt der neue Rüstungsminister verantwortlich war. Unklar ist auch, welche Maßnahmen zu welchem Zeitpunkt Erträge abwarfen. Schonte man etwa private Haushalte stärker in der ersten Kriegshälfte, wie in Anlehnung an die Blitzkriegswirtschaftshypothese zu vermuten wäre, und konzentrierte sich auf andere Quellen? Auch ist nicht a priori klar, ob eine Erhöhung des Aufkommens uneingeschränkt positiv für die deutsche Kriegswirtschaft war, sind doch derartige Mobilisierungsmaßnahmen mit Kosten verbunden, die nur dann zu rechtfertigen sind, wenn es keine günstigere Alternative gibt.

II. Die „Metallmobilisierung“ in der ersten Kriegshälfte

Kurz nach dem deutschen Angriff auf Polen errichtete Großbritannien eine Seeblockade, die Deutschland von der Zufuhr aus Übersee abschneiden sollte. Tatsächlich kam es rasch zu einem spürbaren Rückgang der deutschen Importe.²⁰ Daher wurden schon bald nach der Invasion Polens Kupfer und Zinn zu Engpassfaktoren, an denen sich die Verteilung der übrigen Rohstoffe in der deutschen Kriegswirtschaft orientierte.²¹ Aus diesem Grund fanden nur wenige Wochen nach Kriegsbeginn Besprechungen zwischen der Rohstoffabteilung des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamts, dem RWM und der ihm unterstellten, für die Metall-

¹⁹ Zur Kritik am „Rüstungswunder“ vgl. Scherner/Streb, *Mirage*, in: Eloranta u. a. (Hrsg.), *Economic History*; Jonas Scherner/Jochen Streb, *Das Ende eines Mythos? Albert Speer und das so genannte Rüstungswunder*, in: *Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* 93 (2006), S. 172-196; J. Adam Tooze, *The Wages of Destruction. The Making and Breaking of the Nazi Economy*, London 2006; Lutz Budraß/Jonas Scherner/Jochen Streb, *Fixed-price Contracts, Learning and Outsourcing. Explaining the Continuous Growth of Output and Labour Productivity in the German Aircraft Industry during the Second World War*, in: *Economic History Review* 63 (2010), S. 107-136; zur Kontinuität bei der Investitionstätigkeit vgl. Jonas Scherner, *Nazi Germany's Preparation for War. Evidence from Revised Industrial Investment Series*, in: *European Review of Economic History* 14 (2010), S. 433-468; ders., „Armament in the Depth“ or „Armament in the Breadth“? German Investment Pattern and Rearmament during the Nazi Period, in: *Economic History Review* 66 (2013), S. 497-517; zur Kontinuität bei der Ausbeutung besetzter Gebiete vgl. ders., *Der deutsche Importboom während des Zweiten Weltkriegs. Neue Ergebnisse zur Struktur der Ausbeutung des besetzten Europas auf der Grundlage einer Neuschätzung der deutschen Handelsbilanz*, in: *Historische Zeitschrift* 294 (2012), S. 79-113.

²⁰ Vgl. Müller, *Mobilisierung*, in: *DRZW*, Bd. 5/1, S. 396.

²¹ *BArch*, R 3101/11700, Bl. 1, Reichswirtschaftsminister (RWM) an Reichsstelle für Metalle (RStMe), 14.12.1939. Vgl. weiterführend Denton, *Metal*, S. 199.

bewirtschaftung zuständigen Reichsstelle für Metalle (RStMe), statt.²² Gegenstand war die Durchführung einer „Metallmobilisierung“ im Reich und im besetzten Polen.

Diese Idee war allerdings keineswegs ad-hoc entwickelt worden. Vielmehr hatte die NS-Führung die sich in „der Wirtschaft befindlichen Metalle“ spätestens seit Mitte der 1930er Jahre in ihr Kalkül für die Versorgung im Kriegsfall miteinbezogen. So hatte Hitler bereits in seiner im August 1936 erstellten Denkschrift zum Vierjahresplan festgestellt:

„Der Krieg ermöglicht die Mobilisierung auch der letzten Metallvorräte. Denn: Dies ist dann kein *Wirtschaftsproblem*, sondern ausschließlich eine *Willensfrage*. Und die nationalsozialistische Staatsführung würde den Willen und auch die Entschlußkraft und Härte besitzen, um diese Probleme im Kriegsfall zu lösen. Viel wichtiger aber ist es, den Krieg im Frieden vorzubereiten!“²³

Entsprechend Hitlers Forderung waren in den 1930er Jahren mit staatlicher Hilfe die entsprechenden Verarbeitungskapazitäten von Altmetallen erweitert worden; auch in die entsprechende Forschung und Entwicklung von Recyclingtechnologien hatte man investiert.²⁴ Bereits vor Hitlers Denkschrift war, wahrscheinlich auf Veranlassung Hermann Görings, der im Frühjahr 1936 zum Rohstoffkommissar ernannt worden war, ein Auftrag an die Forschungsanstalt für Kriegs- und Heeresgeschichte ergangen, eine detaillierte Studie zur Metallbewirtschaftung im Ersten Weltkrieg zu erstellen.²⁵ Diese Stelle stand in den folgenden Jahren im Kontakt unter anderem mit dem RWM, das im Krieg bei der „Metallmobilisierung“ federführend war.²⁶ Insofern kann man davon ausgehen, dass bereits vor Kriegsausbruch die „Metallmobilisierung“ eine Rolle im Kalkül der deutschen Kriegsvorsorgung spielte. Dazu verfügten die Behörden über fundierte Erfahrungen aus dem Ersten Weltkrieg, unter anderem Kenntnisse hinsichtlich des ungefähren

²² BArch, RW 19/335, Bl. 74, Wochenbericht der Rohstoffabteilung, 24.–30.9.1939, und Bl. 122, Wochenbericht der Rohstoffabteilung, 15.–21.10.1939.

²³ Zit. nach Treue, Denkschrift, S. 207. Kursivsetzung im Original.

²⁴ BArch, RW 19/334, Bl. 102, Wochenbericht, 20.–25.3.1939. Vgl. außerdem Helmut Maier, *Forschung als Waffe. Rüstungsforschung in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und das Kaiser-Wilhelm-Institut für Metallforschung 1900 bis 1945/48*, Bd. 1, Göttingen 2007, S. 428 f. und S. 612.

²⁵ BArch, RH 61/870, Aktenstellen zur Metallbewirtschaftung, 13.7.1936; RH 61/85, Metallbewirtschaftung, Organisation, Allgemeines, 9.8.1936; hier findet sich auch ein erster Entwurf dieser Studie: *Geschichte der Metall-Bewirtschaftung, Erste Ausarbeitung*, 1.2.1937. Zur späteren Kriegsgeschichtlichen Forschungsanstalt des Heeres vgl. Helmut Otto, *Der Bestand Kriegsgeschichtliche Forschungsanstalt des Heeres im Bundesarchiv*, Militärisches Zwischenarchiv Potsdam, in: *Militärgeschichtliche Mitteilungen* 51 (1992), S. 429–441, und *Findbücher zu Beständen des Bundesarchivs, Kriegsgeschichtliche Forschungsanstalt des Heeres*, Bestand RH 61, bearbeitet von Sven Schulz, Freiburg 2008.

²⁶ BArch, RH 61/881, Präsident der Kriegsgeschichtlichen Forschungsanstalt des Heeres an den RWM, Hauptabteilung II, 24.11.1942, und RH 61/695, Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt, RWM, Aktenvermerk Hildebrand, 16.11.1942.

Potenzials einer Mobilisierung, der Schwierigkeiten bei ihrer praktischen Umsetzung und hinsichtlich der Akzeptanz bestimmter Maßnahmen in der Bevölkerung.²⁷

Nur zwei Tage nach der ersten Besprechung in der letzten Septemberwoche 1939 erstellte der Reichsbeauftragte für Metalle, SS-Oberführer Diplom-Ingenieur Paul Zimmermann eine nicht überlieferte Denkschrift zur „Metallmobilisierung“.²⁸ Am 10. November 1939 wurde Zimmermann vom Reichswirtschaftsminister beauftragt, Vorbereitungen für die Durchführung einer „Metallmobilisierung“ zu treffen. Während erste Pläne lediglich die Gewinnung von Zinn bei Behörden und bei der Wirtschaft vorgesehen hatten, wurde Anfang Januar 1940 beschlossen, generell Nichteisenmetallgegenstände des öffentlichen Sektors und, auf freiwilliger Basis, privater Haushalte und Unternehmen zu erfassen.²⁹ Außerdem sollten die Kirchenglocken, für welche die Kirchen erst nach Kriegsende entschädigt werden sollten, abgenommen werden. Öffentlicher Sektor, Unternehmen und private Haushalte sollten nur solche Gegenstände aus Kupfer, Zinn, Blei, Nickel, Messing und Bronze abliefern, für die keine Ersatzbeschaffungen notwendig waren und die als entbehrlich galten, also etwa Türschilder, Trinkgefäße und Kerzenleuchter. Mit diesem Programm ließe sich, im Unterschied zu den ersten Überlegungen, vermeiden, dass Ressourcen für Ersatzproduktion und Demontage gebunden wurden. Zudem versprach der neue Plan deutlich höhere Metallmengen, die angesichts der auf Geheiß Hitlers zur Jahreswende beschlossenen grundlegenden Änderung in der Kontingentierungspolitik notwendig geworden waren: War es bisher darum gegangen Vorräte so zu strecken, dass sich wenigstens zwei Jahre Krieg führen ließ, wurde nun beschlossen, die vorhandenen Bestände, wenn nötig, für eine massive Rüstungsbeschleunigung einzusetzen, um einen Sieg im Westen zu erzwingen.³⁰ Dies hätte aber eine massive Kürzung der Zuteilungen nach der für die zweite Jahreshälfte 1940 prognostizierten Erschöpfung der Zinn- und Kupfervorräte bedeutet, wenn sich nicht rasch zusätzliche Mengen beschaffen ließen.³¹ Insbesondere aus der Abnahme der Glocken erwartete Zimmermann ein Aufkommen, das etwa sieben Monate

²⁷ Auf einige dieser Schwierigkeiten und Probleme wurde auch in zeitgenössischen Publikationen hingewiesen; vgl. Otto Goebel, *Deutsche Rohstoffwirtschaft im Weltkrieg einschließlich des Hindenburgprogramms*, Stuttgart 1930, S. 51; Paul Irrgang, *Die Kupferversorgung Deutschlands seit 1914*, Marburg 1931, S. 55-57, und Kurt Wiedenfeld, *Die Organisation der Kriegsrohstoff-Bewirtschaftung im Weltkriege*, Hamburg 1936, S. 26.

²⁸ Biografische Angaben bei Denton, *Metal*, S. 199.

²⁹ Vgl. ebenda, S. 201 f., und Anordnung zur Durchführung des Vierjahresplans über die Erfassung von Nichteisenmetallen, 15.3.1940, in: *Deutsches Reichsgesetzblatt 1940/I*, hrsg. vom Reichsministerium des Innern, Berlin 1940; https://de.wikisource.org/wiki/Deutsches_Reichsgesetzblatt_1940#Teil_I [10.1.2018]. Auch in: BArch, R 2/21593, RWMIn an Reichsfinanzminister (RFMin), 20.3.1940. Zu den ursprünglichen Plänen: BArch, RW 19/335, Bl. 201, Wochenbericht der Rohstoffabteilung, 19.–25.11.1939, und Bl. 230, Wochenbericht der Rohstoffabteilung, 4.–9.12.1939.

³⁰ Vgl. Müller, *Mobilisierung*, in: DRZW, Bd. 5/1, S. 410.

³¹ Vgl. Thomas, *Wehr- und Rüstungswirtschaft*, S. 245.

des Kriegsbedarfs an Zinn würde decken können, also des Metalls, bei dem die Vorräte am schnellsten zur Neige gehen würden.³²

In der zweiten Märzhälfte wurde mit dem Einzug der Metallgegenstände aus Gebäuden der öffentlichen Hand, der Wehrmacht und der NSDAP sowie mit der sogenannten Metallspende der Wirtschaft und der privaten Haushalte begonnen.³³ Dazu richtete man alleine im Reichsgebiet insgesamt 62.000 Sammelstellen bei den Gemeinden ein.³⁴ Für den Beginn der „Glockenaktion“ stand im Frühjahr 1940 noch kein Termin fest. Verantwortlich für die „Metallmobilisierung“ war die RstMe, der dafür eine neue Hauptabteilung angegliedert wurde.³⁵ Von den zunächst durchgeführten Maßnahmen war die Metallspende der privaten Haushalte die wichtigste, was das Metallaufkommen anbelangte. Aus propagandistischen Gründen wollte man die Metallspende als eine präventive Maßnahme zur Schaffung von Vorräten ausgeben und zugleich verschleiern, dass im April, in welcher Form auch immer, aufgrund der prekären Rohstoffversorgungslage eine Mobilisierung hätte eingeleitet werden müssen.³⁶ Daher koppelte man diese Initiative an einen in zeitlich unmittelbarer Nähe liegenden, scheinbar unverdächtigen Anlass, den Geburtstag Hitlers im April 1940, und nannte sie „Metallspende des Deutschen Volkes zum Geburtstag des Führers“.³⁷ Vermutlich wollte man damit auch von der großen Popularität Hitlers profitieren.³⁸ Begleitet war die Metallspende, die per Radioansprache am 14. März verkündet wurde, von einem gewaltigen Propagandaaufwand.³⁹ Außerdem entschied man sich auf Anregung Joseph Goebbels', jedem Spender eine auf seinen Namen lautende Spendenurkunde auszustellen, die mit der faksimilierten Unterschrift Görings versehen war.⁴⁰

³² Zu dem erwarteten Zinnaufkommen bei der Glockenabnahme: BArch, R 3101/32163, Bl. 1-14, Reichsbeauftragter für Metalle an den RWMIn, 19.1.1940. Demgegenüber erwartete man, dass etwa der Ausbau von zinnernen Bierleitungen nur 1000 Tonnen erbringen würde, was wenig mehr als einen Monatsverbrauch abdecken konnte; ebenda, und RW 19/335, Bl. 197, Wochenbericht der Rohstoffabteilung, 19.–25.11.1939.

³³ BArch, R 2/21593, Richtlinien über Durchführung des Erlasses des Beauftragten für Vierjahresplan, Generalfeldmarschall Hermann Göring, an Reichsminister vom 23.2.1940 über Metallsammlung bei Behörden, 6.3.1940; NSDAP, Reichsleitung an verschiedene Parteistellen, 14.3.1940; RWMIn an RFMin, 20.3.1940; Vermerk, 3.4.1940, und Vermerk, 28.5.1940.

³⁴ Damit kam auf jede Gemeinde eine Sammelstelle. Zur Gemeindezahl vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 59 (1941/42), S. 21.

³⁵ Vgl. Denton, Metal, S. 204.

³⁶ Auch nach ihrem Abschluss wurde die Metallspende als eine präventive Maßnahme dargestellt, etwa durch Hitler in seiner Reichstagsrede vom 19.7.1940 (vgl. Denton, Metal, S. 217) oder durch den Unterstaatssekretär im RWM, General Hermann von Hanneken, in einem Vortrag vor den in Berlin tätigen Auslandskorrespondenten im Frühjahr 1941; BArch, R 3101/32023, Bl. 6, Deutschlands Rohstoffversorgung, General von Hanneken vor den in Berlin tätigen Auslandskorrespondenten, 8.4.1941.

³⁷ Zit. nach Denton, Metal, S. 202 f. Die Metallspende wurde auch im Protektorat und in Polen durchgeführt; vgl. ebenda, S. 173 f. und S. 200.

³⁸ Zu Hitlers Popularität vgl. Ian Kershaw, Hitler, Bd. 2: 1936–1945, München 2002, S. 381.

³⁹ Vgl. Denton, Metal, S. 204-206.

⁴⁰ BArch, NS 18/1037, Vorlage für den Stabsleiter, betr.: Erfassung aller Metallreserven, 12.3.1940.

Anders als ursprünglich geplant, konnte die Metallspende nicht vollständig bis zu Hitlers Geburtstag abgeschlossen werden, unter anderem weil Handwerker fehlten, die beispielsweise Kronleuchter und ähnliches abmontieren konnten.⁴¹ Deswegen wurde die Sammlung in einigen Orten bis zum 31. Juli weitergeführt. Wohl aufgrund der negativen Erfahrungen aus dem Ersten Weltkrieg mit Beschlagnahmungen in privaten Haushalten legten die Behörden Wert darauf, die Freiwilligkeit der Spende zu betonen.⁴² Zudem wurden mit einer eigens geschaffenen Verordnung Schiebereien mit der Todesstrafe bedroht, um potenziellen Spendern zu signalisieren, dass ihre abgegebenen Gegenstände, anders als gelegentlich im Ersten Weltkrieg, auch wirklich der Kriegführung zugute kamen.⁴³

War aber diese Spende tatsächlich freiwillig? Zwar lassen sich mehrfache, durch Goebbels veranlasste parteiinterne Anweisungen an die lokalen Parteiführungen vor dem Beginn der Sammelaktion finden, in denen deutlich betont wurde, dass Druck und Zwang unter allen Umständen vermieden werden sollten.⁴⁴ Jedoch zeigt etwa der Fall der Spenden für das Winterhilfswerk (WHW), dass sich die Parteistellen vor Ort nicht immer an derartige Vorgaben hielten.⁴⁵ In der Tat berichtete die Exilorganisation der SPD mit Bezug auf die Metallspende, dass die Androhung von Gewalt eine Rolle gespielt habe.⁴⁶ Auch dass Juden gezwungen wurden Metallgegenstände zu „spenden“, steht außer Frage. Allerdings gab es anscheinend auch oftmals – ähnlich wie beim WHW⁴⁷ – Spenden aus freien Stücken.

⁴¹ BArch, NS 18/642, Bl. 1, Aktenvermerk Martin Bormann, 18.4.1940. Vgl. auch Denton, Metal, S. 210.

⁴² Zu diesen negativen Erfahrungen: BArch, R 3101/4093, Bl. 17 f., Leipziger Neuste Nachrichten, 28.4.1918. Vgl. auch Irrgang, Kupferversorgung, S. 55.

⁴³ Vgl. Denton, Metal, S. 212-214. Allerdings waren die durch Sondergerichte verhängten Strafen oftmals milder, da Verstöße nach dem Strafgesetzbuch abgeurteilt wurden. Das dürfte auch damit zu tun haben, dass der Sicherheitsdienst (SD) in seinen Berichten feststellte, dass die Bevölkerung zwar eine Bestrafung bei Missbrauch für angemessen hielt, nicht aber die drakonische Strafe, die von der Verordnung vorgesehen wurden; BArch, R 58/184, Bl. 108, Meldungen aus dem Reich, 14.5.1940. Zur Funktion der Meldungen aus dem Reich als Katalysator für korrigierende Eingriffe in die Rechtsprechung, falls diese dem „gesunden Volksempfinden“ widersprach, vgl. Michael Wildt, Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes, Hamburg 2003, S. 383.

⁴⁴ BArch, NS 18/1037, Reichspropagandaleiter an alle Gaupropagandaleiter, März 1940, und NS 6/331, Bl. 57 f., NSDAP, Stellvertreter des Führers, 13.3.1940. Vgl. auch Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I: Aufzeichnungen 1923–1941, Bd. 7: Juli 1939–März 1940, bearb. von Elke Fröhlich, München 1998, Eintrag vom 6.3.1940, S. 335-337.

⁴⁵ Vgl. Herwart Vorländer, NS-Volkswohlfahrt und Winterhilfswerk des Deutschen Volkes, in: VfZ 34 (1986), S. 341-380, hier S. 365 f.; Andreas Martin, Medieneinsatz und Propaganda zum Winterhilfswerk im Dritten Reich, in: Jürgen Wilke (Hrsg.), Massenmedien und Spendenkampagnen. Vom 17. Jahrhundert bis in die Gegenwart, Köln/Weimar/Wien 2008, S. 161-232, hier S. 166, S. 192 und S. 231 f.; Nachrichten und Berichte. Februar 1935, in: Deutschland-Berichte der Sopade. 2. Jahrgang 1935, hrsg. von Erich Rinner, Prag 1980, S. 149-272, hier S. 183 f.; Nachrichten und Berichte. Dezember 1935, in: Ebenda, S. 1383-1511, hier S. 1422-1424, und Nachrichten und Berichte. August 1936, in: Deutschland-Berichte der Sopade. 3. Jahrgang 1936, hrsg. von Erich Rinner, Prag 1980, S. 961-1088, hier S. 1070.

⁴⁶ Vgl. Denton, Metal, S. 212.

⁴⁷ Vgl. Martin, Medieneinsatz, in: Wilke (Hrsg.), Massenmedien, S. 231 f.

Dafür spricht der große Umfang: Das Aufkommen der Metallspende überstieg mit knapp 77.000 Tonnen die Prognose der RStMe um mehr als das Doppelte.⁴⁸ Doch nicht nur das die Erwartungen weit übertreffende Aufkommen wurde vom NS-Regime als ein Zeichen der Zustimmung gedeutet, sondern auch der Umstand, dass manchmal kunsthistorisch wertvolle Gegenstände sowie Schmuck und Trauringe bei den Sammelstellen landeten.⁴⁹ Manche Bürger, die nicht im Besitz von Metallen waren, wollten sogar Barspenden zur Verfügung stellen.⁵⁰ Schließlich ist zu vermuten, dass es das Prozedere anders als bei den Aktionen des WHW erleichterte, Ausflüchte zu finden. Während die Sammler des WHW auch von Haustür zu Haustür zogen, sollten Metallspenden grundsätzlich persönlich bei den Gemeinden abgegeben werden.⁵¹

Aufschlüsse über die Frage, inwieweit Zwang flächendeckend war oder nicht, erlaubt eine Analyse der im Bestand der Reichspropagandaleitung überlieferten, nach Gauen aufgeteilten Daten zur Metallspende. Diese Erhebung hatte Göring von den Gaupropagandaämtern nach einheitlichen Vorgaben zum Stichtag 17. April 1940 erbeten, um sie Hitler an dessen Geburtstag mitzuteilen.⁵² Entsprechend dieser Vorgaben sammelten die Gaupropagandaämter Daten über den Umfang der gespendeten Metalle, wobei Spenderkategorien (Behörden, Wirtschaft und Privathaushalte) und Angaben zur Spendenbeteiligung in dem jeweiligen Gau, also Quoten zwischen der Anzahl der Spender und der Bevölkerungszahl von besonderem Interesse waren. Es ist angesichts der Praxis bei anderen Spenden im Dritten Reich anzunehmen, dass diese Quote als eine Art Stimmung Indikator galt und zugleich, wie im Fall des WHW, gewissermaßen der Evaluierung der Gauleiter diente.⁵³ Anders als beim WHW, dessen Sammelergebnisse

⁴⁸ Vgl. Denton, *Metal*, S. 209-211. Zu den Erwartungen hinsichtlich des Metallaufkommens vgl. ebenda, Figure C.3, S. 449 f.

⁴⁹ BArch, NS 18/642, Bl. 16, Gauleitung Thüringen an Stab des Stellvertreters des Führers, 12.4.1940. In Einzelfällen waren Interventionen notwendig, um das Einschmelzen derartiger Spenden zu verhindern; BArch, NS 21/351, Museumspfleger für Provinz Pommern an Forschungsgemeinschaft „Das Ahnenerbe“, Schreiben vom 16.4.1940 und vom 26.4.1940.

⁵⁰ BArch, NS 18/1037, Fernschreiben Gauleitung Koblenz-Trier an Stellvertreter des Führers, Stab München, 4.4.1940.

⁵¹ BArch, NS 18/1037, Entwurf eines Aufruf Görings an Hausfrauen, März 1940.

⁵² BArch, NS 18/1037, Schreiben Goebbels an Gaupropagandaleiter, März 1940, und Metallspende des Deutschen Volkes – Vorläufiges Ergebnis – Stichtag: 17.4.1940.

⁵³ Ebenso wie beim WHW wurde auch das Ergebnis der Metallspende von der NS-Führung als „Treuebeweis“ angesehen; vgl. Martin, *Medieneinsatz*, in: Wilke (Hrsg.), *Massenmedien*, S. 192 und S. 197; *Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil 2: Diktate 1941–1945, Bd. 2: Oktober–Dezember 1941*, bearb. von Elke Fröhlich, München u. a. 1996, Eintrag vom 26.10.1941, S. 177-186, und *Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil 1: Aufzeichnungen 1923–1941, Bd. 8: April–November 1940*, bearb. von Jana Richter, München 1998, Eintrag vom 20.4.1940, S. 63-65. Zur Evaluierung der Gauleiter beim WHW vgl. *Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil 1: Aufzeichnungen 1923–1941, Bd. 3/2: März 1936–Februar 1937*, bearb. von Jana Richter, München 2001, Eintrag vom 7.12.1936, S. 281.

veröffentlicht wurden, galt das Aufkommen der Metallspende allerdings aus kriegswirtschaftlichen Gründen als vertraulich.⁵⁴

In einer Akte der Reichspropagandaleitung sind eine vorläufige handschriftliche und eine leicht verbesserte, weitgehend maschinenschriftliche Tabelle überliefert, in denen die von Göring geforderten Daten für die meisten der 41 Gauen zum Stichtag vollständig enthalten sind.⁵⁵ Da die überlieferte Zahl der Spender, entsprechend Görings Forderung, nicht nur die der Privatpersonen, sondern auch die der Behörden und Unternehmen enthält, eine gleichmäßige Verteilung der unterschiedlichen Spenderkategorien aber nicht angenommen werden kann, taugen diese Daten nicht dazu, genaue Aussagen über den Anteil privater Spender gemessen an der Einwohnerzahl oder allen Haushalten des jeweiligen Gaus zu machen, was Rückschlüsse auf eine möglicherweise regional unterschiedliche Unterstützung des NS-Regimes hätte liefern können.⁵⁶ Allerdings kann eine Obergrenze der Personen und der Haushalte, die sich reichsweit an der Metallspende beteiligt haben, ermittelt werden, indem man die Quotienten zwischen Spendern und Einwohnern beziehungsweise Spendern und privaten Haushalten für die Gauen berechnet, für welche diese Daten vorhanden sind.⁵⁷ Danach haben sich höchstens 15,9 Prozent der Einwohner beziehungsweise höchstens 58,8 Prozent der Haushalte an der Metallspende beteiligt.⁵⁸ Nimmt man einmal an, dass in den meisten Haushalten vermutlich irgendein prinzipiell entbehrlicher Gebrauchs-

⁵⁴ BArch, NS 18/1037, RStMe, Schreiben, 9.4.1940, und Fernschreiben an Gauleitung Koblenz-Trier, 16.4.1940, Bl. 64. Vgl. auch Martin, *Medieneinsatz*, in: Wilke (Hrsg.), *Massenmedien*, S. 201.

⁵⁵ BArch, NS 18/1037, Metallspende des Deutschen Volkes – Vorläufiges Ergebnis – Stichtag: 17.4.1940.

⁵⁶ Außerdem können unterschiedliche Spendenbeteiligungen in den Gauen auch das Ergebnis eines unterschiedlichen Drucks auf die Spender sein. Zwar lässt sich mit den überlieferten Angaben das private Spendenaufkommen in Kilogramm pro Einwohner beziehungsweise pro Haushalt für fast alle Gauen berechnen, wobei sich zum Teil beträchtliche Unterschiede ergaben. Allerdings können sich diese auch aus sozioökonomischen Gründen erklären lassen, so dass Rückschlüsse auf einen unterschiedlichen regionalen Rückhalt des NS-Regimes bei der Bevölkerung irreführend sein können.

⁵⁷ Die für manche Gauen überlieferten, in dem Dokument unter der Rubrik „Prozent“ angelegenen Daten, die laut dem Auftrag Görings den Quotienten zwischen der Gesamtzahl der Spender und Einwohnern darstellen sollte, wurde nicht verwendet, sondern der Quotient aus den in der Tabelle erhaltenen Rohdaten ermittelt. Der Grund dafür liegt darin, dass die angeführten Prozentangaben in vielen Fällen von den berechneten abweichen. Vermutlich handelt es sich um vorläufige, zu einem früheren Zeitpunkt durchgeführte Berechnungen der Gaupropagandaämter, wofür spricht, dass die Prozentangaben in den meisten Fällen niedriger sind als diejenigen, die sich aus der Verwendung der Rohdaten ergeben. Auch scheinen die Gaupropagandaämter zum Teil eine falsche Einwohnerzahl zugrunde gelegt zu haben, wie die nachträglichen Korrekturen der gemeldeten Daten in den überlieferten Tabellen zeigen. In manchen Fällen dürfte es auch nur zu rohen Schätzungen gekommen sein, da in manchen Gauen nur eine Prozentangabe ohne Kommastellen, in anderen mit zwei Stellen hinter dem Komma angegeben wurde.

⁵⁸ Nicht enthalten sind Danzig, Halle-Merseburg, München-Oberbayern, Oberdonau, Steiermark, Sudetenland, Tirol, Wien und der Warthegau, für die keine Spenderzahlen überliefert sind.

gegenstand aus den zu spendenden Metallen vorhanden gewesen sein dürfte, folgt daraus, dass kaum ein flächendeckender Zwang ausgeübt worden sein dürfte, zumal auch nicht auszuschließen ist, dass in manchen Haushalten mehrere Spender auftraten.⁵⁹

III. Die heikle Frage der Kirchenglocken

Im Zusammenhang mit der Behördensammlung hatten vereinzelt Gemeinden begonnen, Denkmäler zu demontieren. In diesem Zusammenhang wurden im April 1940 Forderungen nach einer „Denkmalaktion“ im Reich laut.⁶⁰ Parteikreise, insbesondere Martin Bormann, sahen die „Metallmobilisierung“ als eine Gelegenheit, Denkmäler loszuwerden, die sie als „Schund“ empfanden, und die nicht ihrem ideologisch-ästhetischen Verständnis entsprachen.⁶¹ Hitler griff diese Forderungen auf und ordnete eine „freiwillige“ Mobilisierung von Denkmälern an, die sich im Eigentum der Gemeinden befanden.⁶² Er bestand aber darauf, dass die NSDAP, anders als von Parteikreisen gefordert, nicht sichtbar als Träger der Sammlung in Erscheinung treten sollte. Die Verantwortung für die Organisation gedachte er der RStMe zu übertragen.⁶³ Damit wollte er wohl vermeiden, die Bevölkerung gegen die Partei aufzubringen.⁶⁴ Zur Vorbereitung der Denkmalmobilisierung wurde ein Ausschuss gebildet, dem unter anderem Angehörige des Propagandaministeriums angehörten, und der festlegen sollte, welche Denkmäler schützenswert waren und welche nicht.⁶⁵ Allerdings entschieden dann Anfang Mai die Behörden, die Demontage der Denkmäler zu verschieben, da das uner-

⁵⁹ In armen Haushalten und solchen, die seit 1934 gegründet worden sind, also nachdem eine Vielzahl von Verwendungsverböten für den Einsatz von „Sparmetallen“ in Kraft getreten waren, dürften kaum derartige Gegenstände vorhanden gewesen sein. Eine genaue Quantifizierung der Anzahl dieser Haushalte erscheint allerdings nicht möglich.

⁶⁰ So wurde in Mannheim das 1930 errichtete Denkmal des liberalen Politikers Ernst Bassermann abgebaut; vgl. Neue Mannheimer Zeitung vom 20.4.1940: „Metall-Spende in Mannheim. Die Demontage des Bassermann-Denkmal für die Metallspende“. Zu entsprechenden Forderungen: BArch, NS 25/1428, Bl. 3, Stellvertreter des Führers, Stab, an Hauptamt für Kommunalpolitik Herr Reichsleiter Karl Fiehler, 20.4.1940.

⁶¹ BArch, NS 18/642, Bl. 4, Bormann an Reichsleiter Fiehler, 27.5.1940; Bl. 6 f., Vorlage für den Stabsleiter, 23.4.1940, und Bl. 18, Führerbau, Stabsleiter an Fiehler, 25.4.1940.

⁶² Ebenda, Bl. 22, Bericht, betr.: Erfassung der Denkmäler für die Zwecke der Metallmobilisierung, 9.5.1940.

⁶³ BArch, NS 18/684, Bl. 3 f., Deutscher Gemeindetag an Reichsamtleiter Fritz Schmidt, 23.5.1940.

⁶⁴ Dazu passt, dass Göring darauf hinwies, es bedürfe einer „Stimmungsvorbereitung“ für die Denkmalabnahme; BArch, NS 18/642, Bl. 11, Meldung an Führerbau, 22.4.1940.

⁶⁵ Ebenda, Bl. 27 f., Fernschreiben an den Führerbau, 14.5.1940; NS 18/684, Bl. 16, Deutscher Gemeindetag an deutsche Stadt- und Landkreise und an übrige Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern, 5.6.1940. Zur Zusammensetzung des Ausschusses, dem unter anderem auch der Leiter des Amts Bildende Kunst im Stab Rosenberg angehörte: Ebenda, Bl. 3, Deutscher Gemeindetag an Reichsamtleiter Schmidt, 23.5.1940.

wartet hohe Aufkommen der Metallspende die Metallhütten für einige Zeit auslasten würde, und danach zunächst die Glocken abgenommen werden sollten.⁶⁶

Am 24. Mai bestimmte die RstMe jedoch, die Reihenfolge beider Maßnahmen umzudrehen.⁶⁷ Die Abnahme der Kirchenglocken wurde auf unbestimmte Zeit verschoben, wobei die Vorbereitungen, etwa die Einteilung in verschiedene Klassen durch die Denkmalpfleger, nach denen sich ebenso wie im Ersten Weltkrieg die Abfolge der Einschmelzung orientieren sollte, weiter durchgeführt und dann auch im Laufe des Sommers 1940 abgeschlossen wurden.⁶⁸ Wie lässt sich diese Prioritätenänderung – insbesondere die Verschiebung der Glockenabnahme auf einen unbestimmten Zeitpunkt – erklären, obwohl deren Metallaufkommen das der „Denkmalaktion“ weit übertraf? Der Auslöser für die Verschiebung war die Verbesserung der Metallversorgungslage.⁶⁹ Die militärische Entwicklung im Westen war nämlich zum Zeitpunkt der Entscheidung für eine Verschiebung überraschend gut. Daher erschien es möglich, den Verbrauch in absehbarer Zukunft zu drosseln. Außerdem war bereits zu diesem Zeitpunkt klar, dass dem Reich nach einem erfolgreichen Feldzug eine nicht unerhebliche Beute an Nichteisenmetallen zufallen würde.⁷⁰ Auch spielte eine Rolle, dass infolge des unerwartet hohen Aufkommens der Metallspende die entsprechenden Verarbeitungskapazitäten für einige Zeit blockiert waren, da es trotz des Einsatzes von Häftlingen einen Mangel bei Sortierern und Fachkräften in den Schmelzereien gab.⁷¹ Schließlich dürfte der Umstand, dass es bis zu diesem Zeitpunkt bereits massive Widerstände der Kirchen gegen die Glockenabnahme gegeben hatte, die Entscheidung des NS-Regimes erleichtert haben. Hitler hatte seit Kriegsausbruch wiederholt betont, dass „während des Krieges alle nicht unbedingt notwendigen Maßnahmen vermieden werden sollten, die das Verhältnis des Staates und der Partei zur Kirche verschlechtern könnten“.⁷² Dementsprechend hatte die Glockenabnahme bereits bei der Beschlussfassung im Januar 1940 als ein delikates Thema gegolten. Durch einen „vorsichtigen Informationsvortrag“ des Reichsministers für kirch-

⁶⁶ BArch, NS 18/642, Bl. 22, Bericht, betr.: Erfassung der Denkmäler für die Zwecke der Metallmobilisierung, 9.5.1940.

⁶⁷ BArch, R 58/5885, Deutsche Evangelische Kirche, Kirchenkanzlei, an die obersten Behörden der deutschen evangelischen Landeskirchen, 4.6.1940, und NS 18/684, Bl. 1, Vorlage, betr.: Denkmäler für die Metallspende, 8.6.1940.

⁶⁸ BArch, R 5101/23870, Bl. 17, Deutsche Evangelische Kirche an die obersten Behörden der deutschen evangelischen Landeskirchen, 4.6.1940, und RW 19/3180, Bl. 75, Vortragsvermerk, 5.2.1941.

⁶⁹ BArch, R 5101/23870, Bl. 17, RWMin an Reichsminister für kirchliche Angelegenheiten, 17.7.1940.

⁷⁰ Vgl. Goebbels Tagebücher, Teil 1, Bd. 8, Eintrag vom 28.5.1940, S. 138-140.

⁷¹ BArch, RW 19/2065, Bl. 45, RStMe an den Beauftragten für den Vierjahresplan, 24.5.1940. Vgl. auch Denton, Metal, S. 211 und S. 215 f.

⁷² BArch, R 43II/165a, Bl. 74, Reichsminister und Chef der Reichskanzlei an Reichsverteidigungskommissar im Wehrkreis V, Herrn Reichsstatthalter Gauleiter Wilhelm Murr, 25.7.1940. In anderen Fällen wurde allerdings dieses Diktum oftmals durch untergeordnete Instanzen, etwa durch Gestapo und SD, unterlaufen, die ein umfangreiches Konzept antikirchlicher, mit Kriegsnotwendigkeiten getarnter Maßnahmen, durchführten; vgl. Kurt Meier, Kreuz und Hakenkreuz. Die evangelische Kirche im Dritten Reich, München 1992, S. 175-177.

liche Angelegenheiten sollte erreicht werden, dass die Kirchen sich – wie im Ersten Weltkrieg – zu dieser Abgabe bereit erklärten.⁷³

Allerdings kam es trotz dieser Vorsicht, trotz des Appells an die „vaterländische Pflicht“, und trotz Goebbels' Anweisung an die Presse, keine polemischen Artikel über eine Glockenerhebung in Großbritannien zu verfassen, zu Spannungen zwischen Kirchen und Behörden.⁷⁴ Von den evangelischen Kirchen geplante „Glockenopferfeiern“ wurden auf Anweisung des Propagandaministeriums untersagt, weil man befürchtete, dass diese Feiern die Stimmung in der Bevölkerung ungünstig beeinflussen und zudem im Ausland als Indiz für die prekäre deutsche Versorgungslage aufgefasst werden würden.⁷⁵ Gleichzeitig, und dies musste das NS-Regime beunruhigen, waren auch Stimmen in der evangelischen Kirche laut geworden, welche die Glockenabnahme als Teil eines „Kulturkampfes“ des nationalsozialistischen Staats gegen die Kirche interpretierten.⁷⁶ Dieser Deutung versuchten die Behörden entgegenzutreten. Als die Verschiebung der Glockenabnahme beschlossen wurde, versicherte etwa die RStMe den Kirchen, dass sie nach Kräften bemüht sei, die Glocken solange wie möglich zu verschonen.⁷⁷ Gleichzeitig war es der RStMe wichtig den Eindruck zu vermeiden, als sei die Glockenabnahme ganz aufgegeben worden, weil sie befürchtete, dass im Fall ihrer späteren Durchführung bei den Gemeinden eine noch größere Unzufriedenheit entstünde.

In der Tat dauerte es trotz des Umstands, dass dem Reich in Westeuropa große Metallmengen in die Hände gefallen waren, nur etwa ein halbes Jahr, bis die Überlegungen zur Glockenabnahme wieder aufgenommen wurden. Hintergrund war, dass man zur Vorbereitung des Angriffs auf die Sowjetunion das hohe Zuteilungsniveau des ersten Halbjahrs 1940 aufrechterhielt, sodass mittelfristig Engpässe zu erwarten waren. Daher drängte das Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt seit Dezember 1940 darauf, ab Frühjahr 1941 in Deutschland und den besetzten Gebieten eine umfassende „Metallmobilisierung“ unter Einschluss der Glocken durchzuführen.⁷⁸ Man wollte damit vor allem Zinn und Kupfer gewinnen, die – neben Kautschuk – einzigen Rohstoffe, bei denen man annahm, die Versorgungsmöglichkeiten würden sich in naher Zukunft verschlechtern.

Im Februar 1941 entschieden die Behörden schließlich, sowohl im Reich als auch in den besetzten Gebieten, insbesondere in Frankreich, die Glocken abzunehmen, und zwar ab dem 1. Mai.⁷⁹ Die Behörden im Reich hielten die geplante

⁷³ BArch, R 3101/32163, Bl. 1-13, Reichsbeauftragte für Metall an RWMin, 19.1.1940.

⁷⁴ Zu dieser Presseanweisung Goebbels vgl. Denton, Metal, S. 206.

⁷⁵ BArch, R 5101/23870, Bl. 11, Reichsminister für kirchliche Angelegenheiten, Vermerk, 9.5.1940; Bl. 12, Reichsminister für kirchliche Angelegenheiten, Entwurf eines Schnellbriefs, und Bl. 13, Vermerk, 21.5.1940.

⁷⁶ BArch, R 5101/23870, Bl. 14, Vorsitzender der Finanzabteilung beim Landeskirchenamt der evangelisch-lutherischen Landeskirche an Reichsminister für kirchliche Angelegenheiten, 3.6.1940.

⁷⁷ BArch, R 58/5885, Deutsche Evangelische Kirche, Kirchenkanzlei, an die obersten Behörden der deutschen evangelischen Landeskirchen, 4.6.1940.

⁷⁸ BArch, RW 19/2355, Bl. 3 f., Oberkommando der Wehrmacht (OKW), Vermerk, 9.12.1940.

⁷⁹ Vgl. Denton, Metal, S. 276-281.

Aktion in den besetzten Ländern für notwendig, weil umfangreiche Rohstoffmengen von dort abtransportiert worden waren, obwohl die dortige Industrie Rohstoffe für den Eigenbedarf und die umfangreichen deutschen Aufträge benötigte.⁸⁰ Erste Sondierungen stießen aber bei den Besatzungsverwaltungen, wie bei den einheimischen Behörden auf Widerstand, die wie im Ersten Weltkrieg Unruhen in der Bevölkerung befürchteten.⁸¹ Daher schlug Goebbels im April 1941 vor, im Reich zu beginnen, wo diese Maßnahme noch am ehesten akzeptiert werden würde. Da er aber auch hier die Frage der Glockenabnahme unverändert für heikel hielt, gedachte er, seine Propaganda gegenüber der katholischen Bevölkerung auf den Umstand zu stützen, dass die in Italien bereits beschlossene Einschmelzung der Kirchenglocken die ausdrückliche Genehmigung und Unterstützung des Papstes erfahren hatte.⁸²

Auch der gleichzeitige Beschluss, mit einer systematischen Demontage aller Denkmäler zu beginnen, erfolgte vor dem Hintergrund, dass die Abnahme der Glocken als politisch problematisch galt.⁸³ Denn es war von vornherein klar, dass die aus der „Denkmalaktion“ zu erwartende Metallmenge mit 1.600 Tonnen nur unbedeutend sein und den Monatsbedarf für Kupfer und Zinn nur zu einem Bruchteil würde decken können.⁸⁴ Daran änderte auch nichts, dass Vertreter der RStMe die Notwendigkeit dieser Maßnahme mit der prekären Versorgungslage des Reichs begründeten, als der Reichsführer des NS-Kriegerbunds, General Wilhelm Reinhard, gegen die Einschmelzung der Kriegerdenkmäler protestierte. Der entscheidende Grund war explizit propagandistischer Natur: Da man glaubte, auf das baldige Einschmelzen der Kirchenglocken nicht verzichten zu können, hofften die Behörden, durch eine vorgezogene Erfassung der Denkmäler einen potenziellen Kritikpunkt der Kirchen und ihrer Gemeindeglieder zu entkräften.⁸⁵ Im Ersten Weltkrieg hatte nämlich der Umstand, dass die Glocken abgenommen wurden, Metallgegenstände der öffentlichen Hand, darunter auch die

⁸⁰ BArch, RW 19/339, Bl. 75 f., Wochenbericht, 3.–8.2.1941, und Bl. 176, Wochenbericht, 16.–22.3.1941. Zur Auftragsverlagerung vgl. Jonas Scherner, Europas Beitrag zu Hitlers Krieg. Die Verlagerung von Industrieaufträgen der Wehrmacht in die besetzten Gebiete und ihre Bedeutung für die deutsche Rüstung im Zweiten Weltkrieg, in: Christoph Buchheim/Marcel Boldorf (Hrsg.), Europäische Volkswirtschaften unter deutscher Hegemonie 1938–1945, München, 2012, S. 69–92, und die Dissertation von Elena Dickert an der Norwegian University of Science and Technology, Die „Nutzbarmachung“ des Produktionspotentials besetzter Gebiet durch Auftragsverlagerung im Zweiten Weltkrieg. Staatliche Regulierung und Verlagerungsverhalten von Maschinenbau- und Automobilunternehmen, Trondheim 2014.

⁸¹ Vgl. Denton, Metal, S. 276–285, und Freeman, European Church Bells, S. 432–435. Zur ablehnenden Haltung der deutschen Behörden im besetzten Belgien im Ersten Weltkrieg: BArch, RH 61/1117, Anlage 52.

⁸² BArch, NS 18/684, Bl. 21–26, Vorlage, 19.4.1941.

⁸³ Die „freiwillige“ Denkmalmobilisierung hatte gerade einmal einen Ertrag von 224 Tonnen Metall erbracht; BArch, NS 25/1428, Bl. 30 f., RWMin an Reichsminister des Inneren, 23.3.1942.

⁸⁴ BArch, NS 18/684, Bl. 16, Deutscher Gemeindetag an deutsche Stadt- und Landkreise und an übrige Gemeinden mit mehr als 5.000 Einwohner, 5.6.1940; Bl. 21–26, Vorlage, 19.4.1941; Bl. 27–30, Vorlage, 9.5.1941, und BArch, RW 19/340, Bl. 7, Wochenbericht 31.3.–5.4.1941.

⁸⁵ BArch, NS 18/684, Bl. 21–26, Vorlage, 19.4.1941.

Denkmäler, aber verschont geblieben waren, zu einem erheblichen Unmut in der deutschen Öffentlichkeit geführt.⁸⁶ Auch auf die „Denkmalaktion“ sollte die Bevölkerung freilich propagandistisch vorbereitet werden, da das Propagandaministerium Widerstände – etwa bei der Demontage von Kriegerdenkmälern – befürchtete.⁸⁷

Goebbels konnte sich mit seinem Vorschlag, die Glocken zunächst im Reich und erst dann in den besetzten Gebieten abzunehmen, nicht durchsetzen. Hitler bestand nämlich – den ursprünglich für Mai geplanten Beginn im Reich hatte man vermutlich aus psychologischen Gründen angesichts des geplanten Ostfeldzugs und der Senkung der Lebensmittelrationen fallen gelassen – im Sommer 1941 auf der umgekehrten Reihenfolge.⁸⁸ Allerdings war er zu dem Zugeständnis bereit, in den besetzten Gebieten jeder Kirche eine Glocke zu belassen. Es dürfte kein Zweifel daran bestehen, dass Hitlers Forderung, zuerst in den besetzten Gebieten die Glocken abzunehmen, aus seiner Furcht vor einer Schwächung der Heimatfront herrührte.⁸⁹ Im Ersten Weltkrieg hatte nämlich die deutsche Öffentlichkeit, wie der NS-Führung bekannt war, deutliche Kritik daran geübt, dass man in Deutschland härter vorgegangen sei als in den besetzten Gebieten.⁹⁰ Insbesondere Vertreter der evangelischen Kirche hatten damals gefordert, zunächst die Glocken in den besetzten Gebieten, vor allem in Belgien, einzuschmelzen.⁹¹

Hitlers Junktum brachte die mit der Metallversorgung beauftragten Behörden bei der mittelfristigen Versorgung mit Zinn in ernste Schwierigkeiten, da der Militärbefehlshaber in Frankreich um die Verschiebung der „Glockenaktion“ in seinem Gebiet bat, die nur unter „schärfsten Zwangsmaßnahmen“ möglich sei.⁹² Zugleich wollten die Besatzungsbehörden in den Niederlanden und Belgien eine Abnahme der Glocken in ihren Gebieten nur dann durchführen, wenn dies auch in Frankreich geschehe.⁹³ Daher wurden in der Folgezeit verschiedene Optionen diskutiert, wie man die besetzten Länder zu einem Beitrag bewegen könnte, der

⁸⁶ BArch, R 3101/4093, Bl. 17 f., Leipziger Neuste Nachrichten, 28.4.1918.

⁸⁷ Vgl. Denton, Metal, S. 281.

⁸⁸ BArch, RW 19/341, Bl. 137, Wochenbericht, 23.–28.6.1941, und Bl. 153, Wochenbericht, 28.7.–2.8.1941. Zur Senkung der Lebensmittelrationen vgl. Buchheim, Mythos, S. 307 f.

⁸⁹ So erwähnte von Hanneken im Sommer 1941 auf einer Sitzung des Generalrats des Vierjahresplans, dass politische Gründe bei der Entscheidung über die Glockenabnahme eine Rolle spielten; vgl. Thomas, Wehr- und Rüstungswirtschaft, S. 297. Gleichzeitig mit dem Befehl Hitlers, die Glocken in den besetzten Gebieten abzunehmen, wurde dann auf deutscher Seite die Entscheidung gefällt, in diesen Gebieten auch Münzen und Haushaltsgegenstände aus Metall zu mobilisieren; BArch, RW 19/341, Bl. 137, Wochenbericht, 23.–28.6.1941.

⁹⁰ BArch, RH 61/1125, Erste Textfassung – systematisch, S. 61, und R 3101/4098, Bl. 82, Deutscher Tagesanzeiger vom 13.8.1918: „Die belgischen Kirchenglocken noch immer geschont“. Vgl. auch Wiedenfeld, Organisation, S. 26. Zur Erfassung von Glocken aus anderen besetzten Ländern: BArch, R 8717/1033, Bl. 10, Kriegsmetall AG, interner Schriftwechsel, 3.6.1918. Vgl. weiterhin Denton, Metal, S. 66-71.

⁹¹ Vgl. Kurt Wiedenfeld, Zwischen Wirtschaft und Staat. Aus den Lebenserinnerungen, Berlin 1960, S. 62 f.

⁹² BArch, RW 19/341, Bl. 153, Wochenbericht, 28.7.–2.8.1941.

⁹³ BArch, NS 18/1294, Bl. 84-87, Vorlage für Minister Goebbels, betr.: Abnahme der Glocken für kriegswichtige Aufgaben, 5.11.1941.

dem deutschen Bedarf entspräche beziehungsweise der Forderung Hitlers genüge. So überlegte man, Frankreich die Freilassung von vier Kriegsgefangenen pro mobilisierter Tonne Glockenmetall in Aussicht zu stellen.⁹⁴ Auch machte das Oberkommando der Wehrmacht den ernst gemeinten Vorschlag, man solle, um Hitlers Wunsch formal zu erfüllen, doch einfach unverzüglich mit der Abnahme der Glocken auf den besetzten britischen Kanalinseln beginnen.⁹⁵

Erst im Laufe der zweiten Novemberwoche rückte Hitler von seinem Standpunkt ab.⁹⁶ Dazu dürfte beigetragen haben, dass sich die französische Regierung inzwischen bereit erklärte hatte, eine Metallmenge zur Verfügung zu stellen, die dem Aufkommen der „Glockenaktion“ entsprach.⁹⁷ Aber von entscheidender Bedeutung war wohl, dass die mittelfristige Zinnversorgung des Reichs nicht gesichert war,⁹⁸ und kein Zweifel mehr daran bestehen konnte, dass der Feldzug gegen die Sowjetunion 1941 nicht mehr siegreich zu Ende geführt werden konnte.⁹⁹ Daher ordnete Hitler an, die Rohstoffzuteilung auf einen langen Krieg auszurichten,¹⁰⁰ und rang sich in diesen Tagen, wie Goebbels berichtete, dazu durch, auch die Zivilbevölkerung auf einen längeren Konflikt einzustellen. Für den Sieg müsse man eben Opfer bringen.¹⁰¹ So entschied er, mit der Abnahme der Glocken im Reich, im Protektorat und im Generalgouvernement in der zweiten Novemberhälfte 1941 zu beginnen sowie bald danach entsprechende Vorbereitungen in den besetzten sowjetischen Gebieten in Angriff zu nehmen; der besetzte Westen blieb ausgenommen.¹⁰²

⁹⁴ Zu diesen Vorgängen vgl. Denton, *Metal*, S. 339-351.

⁹⁵ BArch, RW 19/341, Bl. 268, Wochenbericht, 15.–20.9.1941.

⁹⁶ BArch, NS 18/1294, Bl. 84-87, Vorlage für Minister Goebbels, betr.: Abnahme der Glocken für kriegswichtige Aufgaben, 5.11.1941; Bl. 80, Fernschreiben, Parteikanzlei, München, an Parteikanzlei, Dienststelle Berlin, 7.11.1941, und Bl. 75, internes Schreiben, 11.11.1941.

⁹⁷ Vgl. Denton, *Metal*, S. 238 f. und S. 351-355; Konferenzprotokoll vom 4.4.1942, in: Willi A. Boelcke (Hrsg.), *Deutschlands Rüstung im Zweiten Weltkrieg. Hitlers Konferenzen mit Albert Speer 1942–1945*, Frankfurt a. M. 1969, S. 86-96, hier S. 90, und Thomas, *Wehr- und Rüstungswirtschaft*, S. 478 f. Boelcke suggerierte, dass die Glockenabnahme etwas mit den ausgefallenen Lieferungen aus der Sowjetunion zu tun hätte; vgl. ders., *Die deutsche Wirtschaft 1930–1945. Interna des Reichswirtschaftsministeriums*, Düsseldorf 1983, S. 270 und S. 274. Dagegen spricht, dass es bei der „Glockenaktion“ in erster Linie um Zinn ging, und dass die von der Sowjetunion gelieferten, ohnehin nicht sehr großen Zinnmengen fast restlos für die sogenannten Russenaufträge im Rahmen des deutsch-sowjetischen Handelsabkommen verwendet wurden; BArch RW 19/339, Bl. 45, Wochenbericht, 20.–25.1.1941.

⁹⁸ Vgl. Thomas, *Wehr- und Rüstungswirtschaft*, S. 300.

⁹⁹ Anfang Oktober 1941 hatte Hitler noch gehofft, dass der Krieg gegen die Sowjetunion noch im gleichen Jahr im Wesentlichen entschieden werden könnte; vgl. Goebbels Tagebücher, Teil 2, Bd. 2, Eintrag vom 4.10.1941, S. 45-56.

¹⁰⁰ Vgl. Hartmut Schustereit, *Vabanque. Hitlers Angriff auf die Sowjetunion 1941 als Versuch, durch den Sieg im Osten den Westen zu bezwingen*, Herford 1988, S. 63.

¹⁰¹ Vgl. Goebbels Tagebücher, Teil 2, Bd. 2, Einträge vom 30.10.1941 (S. 203-207), 4.11.1941 (S. 227-231), 5.11.1941 (S. 232-236), 8.11.1941 (S. 247-254) und 10.11.1941 (S. 259-266), sowie Peter Longerich, *Joseph Goebbels. Biographie*, München 2010, S. 495-497 und S. 829.

¹⁰² BArch, RW 31/371a, Reichskommissar für Ostland an Zimmermann, 11.7.1942. Vgl. auch Denton, *Metal*, S. 238 f. und S. 351-355. Ende 1942 kam die Frage der Abnahme der Glocken in Frankreich wieder ins Gespräch; damit wurde aber dann tatsächlich erst im Sommer

Der Beschluss, die Vorgabe fallen zu lassen, bedeutete aber nicht, dass das NS-Regime nun die Glockenabnahme im Reich nicht mehr als heikel angesehen hätte. Das zeigt allein der Umstand, dass zu einer Besprechung im RWM kurz vor Beginn der Aktion nicht nur Zimmermann, Vertreter der Presseabteilung der Reichsregierung sowie des Reichsstands des Deutschen Handwerks, der die Abnahme durchführe sollte, sondern auch der Reichsminister für kirchliche Angelegenheiten Hanns Kerrl, der Leiter der Parteikanzlei Martin Bormann, Reichsinnenminister Wilhelm Frick und ein Vertreter aus dem Propagandaministerium eingeladen waren.¹⁰³ Gegenstand der Besprechung war vor allem die propagandistische Vorbereitung der „Glockenaktion“, für die man verschiedene Kanäle nutzen wollte. So sollten die Geistlichen ihre Gemeinden von der Kanzel herab davon unterrichten.¹⁰⁴ Lediglich kurze örtliche Pressenotizen sollten die Abnahme ankündigen, da man überzeugt war, dass man sich angreifbar machte, wenn das Einschmelzen der Glocken in den Medien ganz verschwiegen oder aber lang und breit gerechtfertigt wurde.¹⁰⁵ Insbesondere hartnäckiges Schweigen würde diejenigen bestätigen, die behaupteten, das NS-Regime bekämpfe die Kirchen. Außerdem könne es im Ausland als Indikator für die prekäre Versorgungslage des Reichs gesehen werden. Bormann forderte die Gauleiter in diesem Sinne auf, die Bevölkerung zu informieren, um eine Beunruhigung der Kirchgänger zu vermeiden.¹⁰⁶ Es solle darauf hingewiesen werden, dass auch in früheren Kriegen Kirchenglocken eingeschmolzen worden seien. Insbesondere solle nach einem ausdrücklichen Befehl Hitlers darauf geachtet werden, dass die Parteivertreter etwa

„auftauchenden Verdächtigungen, welche diese Maßnahme mit einer Kirchenfeindlichkeit erklären wollen, niemals Veranlassung geben dürften, die Kirchenfrage aufzurollen. [...] Auftauchende verleumderische Verdächtigungen der oben erwähnten Art sind deshalb streng sachlich zurückzuweisen, ohne durch ein Eingehen auf die Behauptungen unserer Kirchenfeindlichkeit unseren Gegnern Material für ihren volksverräterischen Kampf in die Hand zu geben.“¹⁰⁷

Schließlich wurde der ursprüngliche Plan aus dem Jahr 1940 modifiziert, um den gläubigen Teil der Bevölkerung milder zu stimmen. Der Ausbau der Glocken, der am 12. November 1941 beginnen sollte, umfasste nicht nur Kirchen-, sondern

1944 begonnen. Ähnliches galt für Belgien; vgl. ebenda, S. 240, und Konferenzprotokoll vom 1./2./3.12.1942, in: Boelcke (Hrsg.), Deutschlands Rüstung, S. 203-208, hier S. 207.

¹⁰³ BArch, NS 18/1294, Bl. 1, RStMe an NSDAP Reichsleitung, 30.4.1942, und Bl. 80, Parteikanzlei, München, an Parteikanzlei, Berlin, 7.11.1941.

¹⁰⁴ BArch, NS 6/335, Bl. 147, Bormann an Gauleiter, 9.11.1941.

¹⁰⁵ BArch, NS 18/1294, Bl. 89-92, Vorlage an Reichsleiter, betr.: Abnahme der Glocken für kriegswichtige Aufgaben, November 1941.

¹⁰⁶ Ebenda, Bl. 73, NSDAP Reichspropagandaleitung, Redner-Schnellinformation, Lieferung 23, Ende November 1941; Bl. 97, Entwurf eines Rundschreibens, und NS 6/335, Bl. 147, Bormann an die Gauleiter, 9.11.1941.

¹⁰⁷ BArch, NS 18/1294, Bl. 73, NSDAP Reichspropagandaleitung, Redner-Schnellinformation, Lieferung 23, Ende November 1941.

auch Rathausglocken, wobei in beiden Fällen die kunstgeschichtlich und historisch wertvollen Glocken verschont werden sollten. Außerdem sollte jeder Gemeinde eine Läuteglocke verbleiben.¹⁰⁸ Dieses Zugeständnis hatten beide Kirchen den Behörden bereits im Jahr zuvor mit dem Verweis auf die sich ansonsten verschlechternde Moral in der Bevölkerung abringen wollen, freilich ohne Erfolg.¹⁰⁹ Die Läuteglocke-Regelung vom November 1941 entsprach dem, was die Behörden den Kirchen im Ersten Weltkrieg zugestanden hatten, wenn auch damals keine explizite Vorschrift dazu existiert hatte, sondern lediglich vage bestimmt worden war, dass die Kirchen möglichst gleichmäßig von der Glockenabnahme betroffen sein sollten.¹¹⁰ Als Läuteglocke sollte damals ebenso wie im Zweiten Weltkrieg grundsätzlich die kleinste Glocke fungieren.

All diese Äußerungen und Modifikationen, die Denkmalmobilisierung als propagandistische Rechtfertigung, das Zugeständnis einer Läuteglocke, die verzögerte Glockenabnahme, Hitlers Vorgabe und zuletzt die Beteiligung nationalsozialistischer Spitzenpolitiker am Entscheidungsprozess zeigen klar, dass das NS-Regime die Amtskirche und das Kirchenvolk keinesfalls provozieren wollte; es ging im Gegenteil darum, Kritik so weit wie möglich zu vermeiden und den potenziellen politischen Schaden zu begrenzen. Man kann vermuten, dass dieser Kurs im Sommer 1941 durch den Umstand beeinflusst wurde, dass sich die Stimmung der Bevölkerung nach dem Angriff auf die Sowjetunion verschlechtert hatte.¹¹¹ Zugleich hatte Hitler auf die öffentliche Kritik der katholischen Kirche am NS-Regime im Zusammenhang mit der Euthanasie und dem sogenannten Klostersturm mit einer Grundsatzentscheidung reagiert. Der von Bormann betriebene „Klostersturm“ wurde auf Geheiß Hitlers abgebrochen. Auch Sanktionen gegen Bischof Clemens August von Galen wurden unterlassen, weil man Konflikte mit der Kirche vor Kriegsende möglichst vermeiden wollte.¹¹² Dass die Glocken dann doch

¹⁰⁸ BArch, R 5101/23870, Bl. 98, von Hanneken an Reichsminister für kirchliche Angelegenheiten, 7.11.1941; NS 6/335, Bl. 147, Bormann an Gauleiter, 9.11.1941, und R 5101/23064, Bl. 177, Reichsminister für die kirchlichen Angelegenheiten an Deutsche Evangelische Kirche, Kirchenkanzlei, und den Vorsitzenden der Fuldaer Bischofskonferenz, 27.11.1941.

¹⁰⁹ BArch, R 5101/23870, Bl. 15, Reichsbund der Deutschen evangelischen Pfarrervereine e.V. an Göring, 9.4.1940; Bl. 15, RStMe an oberste Behörden der deutschen evangelischen Landeskirchen, 7.5.1940; R 5101/23064, Bl. 157, Vorsitzender der Fuldaer Bischofskonferenz an Reichsminister für die kirchlichen Angelegenheiten, 19.4.1940, und Bl. 158-160, Vorsitzender der Fuldaer Bischofskonferenz an Göring, 18.4.1940. Vgl. auch Kardinal Bertram an Göring, 18.4.1940, in: Akten deutscher Bischöfe über die Lage der Kirche 1933–1945, bearb. von Ludwig Volk, Bd. 5: 1940–1942, Mainz 1983, Dok. 552, S. 53 f.

¹¹⁰ BArch, R 3101/4098, Bl. 76, Minister für geistliche und Unterrichts-Angelegenheiten an Oberpräsidenten, Kiel, 31.3.1918. Vgl. auch Dokumente zur Kirchenpolitik des Dritten Reiches, hrsg. von Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte, Bd. 5: 1939–1945, Dok. 48, S. 141-144.

¹¹¹ Vgl. Kershaw, Hitler, S. 569-571 und S. 580.

¹¹² Vgl. insbesondere Winfried Süß, Der „Volkskörper“ im Krieg. Gesundheitspolitik, Gesundheitsverhältnisse und Krankenmord im nationalsozialistischen Deutschland 1939–1945, München 2003, und Annette Mertens, Himmlers Klostersturm. Der Angriff auf katholische Einrichtungen im Zweiten Weltkrieg und die Widergutmachung nach 1945, Paderborn/

abgenommen wurden, war tatsächlich eine Kriegsnotwendigkeit: Keine andere Maßnahme hätte in so kurzer Zeit eine derartige Menge Zinn erbringen können. Es wäre zwar im Prinzip möglich gewesen, die Förderung von Zinnerz massiv zu steigern, aber dies hätte einer Vorlaufzeit von etwa eineinhalb bis zwei Jahren bedurft.¹¹³ Hätte man andere Zinnmobilisierungsmaßnahmen durchgeführt, etwa von zinnernen Bierleitungen, so wäre dies ohne die Stellung von Ersatz, dessen Herstellung überdies eine zeitliche Vorlaufzeit benötigt hätte, nicht möglich gewesen. Außerdem wären – vor allem mit Blick auf den Einsatz knapper Arbeitskräfte – erheblich höhere kriegswirtschaftliche Opportunitätskosten angefallen, als bei der Abnahme der Glocken.¹¹⁴

Das Entgegenkommen des NS-Regimes in Form einer Läuteglocke und der Verweis darauf, dass bereits in früheren Kriegen Glocken eingeschmolzen worden waren, konnten aber nicht verhindern, dass Teile der deutschen Bevölkerung, darunter sogar einzelne Parteimitglieder, äußerst kritisch reagierten. Unter den Kirchgängern machte sich „erhebliche Verbitterung“ breit, insbesondere angesichts der Erfahrungen des Ersten Weltkriegs, als nur ein Teil der abgenommenen Glocken auch tatsächlich eingeschmolzen, der Rest aber jahrelang gelagert worden war.¹¹⁵ Außerdem stieß die Maßnahme angesichts der Wehrmachtberichte über die „unübersehbare“ Beute an Metall auf Unverständnis, die den deutschen Truppen während ihrer Feldzüge in die Hände gefallen sei. Entweder, so die Schlussfolgerung, seien solche Berichte übertrieben, wenn nicht frei erfunden, oder die Abnahme der Glocken sei nichts anderes als ein Ausdruck der Kirchenfeindlichkeit des NS-Regimes. Am 12. Dezember 1941 notierte Goebbels in sein Tagebuch: „Vor allem die Wegnahme der Glocken hat in einzelnen Gauen zu schweren Verstimmungen geführt“, was er auf die „Hetze der Pfaffen“ zurückführte.¹¹⁶ Nur kurz darauf berichtete Goebbels erneut über „Kräche“ in einigen Gauen infolge der Glockenabnahme. In einigen Orten um Würzburg sei es sogar zu Demonstrationen gekommen.¹¹⁷ Teilweise hatten sich auch Landräte und Bür-

München 2006. Unter „Klostersturm“ versteht man die Enteignung von Klöstern durch das NS-Regime. Für einen Überblick über den Konflikt mit der Kirche im Jahr 1941 vgl. Kershaw, Hitler, S. 572-580, und Nicholas Stargardt, Der deutsche Krieg 1939-1945, Frankfurt a. M. 2015, S. 182-190.

¹¹³ Zur Vorlaufzeit beim Metallergbergbau: BArch, R 26 I/29, Niederschrift des Gutachter-Ausschusses über Rohstofffragen, 26.5.1936.

¹¹⁴ Es wurde erwartet, dass die gesamten Arbeitskosten für Abnahme und Einschmelzen der Glocken dem Einkauf der Metalle zu (Welt-)Marktpreisen entsprachen, womit diese Form der Metallgewinnung wesentlich billiger war als etwa bei Verhüttung deutscher Erze; BArch, R 2/21593, RWMin an RFMin, 4.11.1941, und RFMin, Vermerk, 12.11.1941.

¹¹⁵ BArch, NS 18/1294, Bl. 39 f., Fernschreiben, Parteigenosse Helmuth Friedrichs, München Führerbau, betr.: Abnahme der Glocken, 4.2.1942, und Bl. 72, Vermerk, Abnahme der Glocken für kriegswichtige Aufgaben, November 1941.

¹¹⁶ Goebbels Tagebücher, Teil 2, Bd. 2, Eintrag vom 12.12.1941, S. 478-487, hier S. 482. Vgl. auch Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil 2: Diktate 1941-1945, Bd. 3: Januar-März 1942, bearb. von Elke Fröhlich, München u. a. 1994, Einträge vom 5.2.1942 (S. 251-257) und 12.2.1942 (S. 288-294).

¹¹⁷ Goebbels Tagebücher, Teil 2, Bd. 2, Eintrag vom 15.12.1941, S. 510-513, hier S. 512. In einer „Blitzvorlage“ der zuständigen Stellen im Propagandaministerium für Goebbels am Tag

germeister über die Anordnungen hinweggesetzt, und mehr Glocken hängen lassen als erlaubt.¹¹⁸ Auch manche kirchliche Würdenträger sparten nicht mit Kritik, und stellten – wie der Freiburger Erzbischof Conrad Gröber in einem Hirtenwort an seine Diözesanen – die Glockenabnahme in einen Kontext mit „neugearteten Menschen, die Christus ingrimmig hassen“.¹¹⁹

Auch später kam es immer wieder zu „schärfster“ Kritik der Bevölkerung, die erst abzuebben schien, nachdem in den meisten Orten die zunächst einzuschmelzenden Kirchenglocken der Kategorie A abgenommen worden waren. In Oberbayern etwa versuchte die Bevölkerung verschiedentlich sogar, die Beschlagnahmung zu verhindern. In manchen Orten wollten Gläubige die bei den Bahnhöfen lagernden Glocken entwenden.¹²⁰ Der Sicherheitsdienst schlug daher vor – wohl um dem Eindruck entgegenzutreten, die „Glockenaktion“ sei nicht wirklich notwendig, sondern eine kirchenfeindliche Maßnahme – die abgenommenen Glocken so schnell wie möglich abzutransportieren.¹²¹ Dieser Vorschlag wurde an die RStMe weitergeleitet, die Transportprobleme dafür verantwortlich machte, dass die abgenommenen Glocken nicht überall sofort weggeschafft worden waren.¹²²

Wenn es dem NS-Regime auch nicht gelungen war, die befürchtete Unruhe in der Bevölkerung zu vermeiden, so war die Glockenabnahme doch kriegswirtschaftlich betrachtet ein Erfolg: In den fünf Monaten bis April 1942 nahm man 54.000 Glocken ab, von denen 37.000 an die Hütten versandt wurden, 15.000 Glocken kamen in Sammellager, und nur 2.000 Glocken blieben aufgrund von Transportproblemen noch vorübergehend liegen.¹²³ Von allen Glocken, die während des Zweiten Weltkriegs abgenommen wurden, war bis Mitte 1942 mehr als die Hälfte der Verwertung zugeführt. Die zentrale kriegswirtschaftliche Bedeutung der Aktion lag dabei darin, dass sie die Versorgungslage bei Zinn mittelfristig sicherte. Die gewonnenen 5.400 Tonnen dieses Metalls deckten immerhin fast acht Monate des deutschen Bedarfs.¹²⁴ Dazu kamen noch 26.000 Tonnen Kupfer, was einem durchschnittlichen Verbrauch von fünf Wochen entsprach. Damit standen der Kriegswirtschaft in relativ kurzer Zeit – das Einschmelzen der seit Ende 1941

zuvor war die Rede von der Gemeinde Gernach bei Würzburg; BArch, NS 18/1294, Bl. 50, Blitzvorlage an Herrn Minister, 13.12.1941.

¹¹⁸ Ebenda, Bl. 12 f., Parteikanzlei, vertrauliche Information, Abnahme der Glocken für kriegswichtige Zwecke, 31.1.1942.

¹¹⁹ BArch, R 5101/23064, Bl. 183, Erzbischof Gröber zur Abgabe der Kirchenglocken, 27.2.1942.

¹²⁰ BArch, NS 18/1294, Bl. 7, Reichspropagandaleitung an RStMe, betr.: Abnahme der Glocken, 9.4.1942. Bereits im Ersten Weltkrieg wurde vor allem in Süddeutschland die Glockensammlung kritisiert; BArch, R 3101/4098, Bl. 20-30, Sitzung der Metallmobilmachungsstelle, 22.1.1918.

¹²¹ BArch, NS 18/1294, Bl. 7, Reichspropagandaleitung an RStMe, betr.: Abnahme der Glocken, 9.4.1942.

¹²² Ebenda, Bl. 5 f., RStMe an NSDAP, Reichsleitung Hauptamt, Reichsring für nationalsozialistische Propaganda und Volksaufklärung, Abnahme der Glocken, 20.4.1942.

¹²³ Ebenda.

¹²⁴ BArch, R 3/1868, Bl. 41, Reichswirtschaftsministerium-Metallreferat, Entwicklung der deutschen Metallversorgung seit Kriegsbeginn und Vorschau bis zum Jahre 1946, Juli 1943.

abgenommen Glocken nahm aufgrund der begrenzten freien Schmelzkapazitäten etwa acht Monate in Anspruch – knapp 60 Prozent des Zinns zur Verfügung, das zwischen 1939 und 1945 im Reich mobilisiert werden konnte.¹²⁵

IV. Die Ausweitung der „Metallmobilisierung“ in der zweiten Kriegshälfte

Die Glockenabnahme löste allerdings lediglich bei Zinn die mittelfristig befürchteten Versorgungsmängel, nicht aber bei Kupfer, das im Herbst 1941 ebenfalls als ein zentraler Mangelrohstoff galt.¹²⁶ Einige kleinere Aktionen, die im Sommer 1941 angelaufen waren, wie die Sammlung von Kupferwalzen in der deutschen Textilindustrie und von Kupfer- und Aluminiumbronzemünzen hatten daran nichts geändert. Das so gewonnene Kupfer deckte nicht einmal den Verbrauch eines Monats.¹²⁷ Damit sich ein ähnlicher Effekt wie bei Zinn erreichen ließ, mussten weitere Maßnahmen folgen.¹²⁸ Daher forcierten die Behörden die Erzförderung in den besetzten Gebieten, sie verstärkten die Einsparmaßnahmen, und ordneten an, dass Mangelmetalle nur noch für kriegsentscheidende Zwecke eingesetzt werden dürften. Zudem leiteten sie seit Ende 1941 neue Mobilisierungsprojekte ein.

Als bislang kaum erschlossene Quelle galten die Unternehmen. Man war sich nämlich des Problems asymmetrischer Informationen bei der Metallkontingentierung bewusst, also der Tatsache, dass Unternehmen höhere Bedarfsmengen anforderten, als sie tatsächlich benötigten, und den Überschuss unter anderem in „stillen“ Rohstofflagern horteten.¹²⁹ Zunächst wurden Anfang November 1941 auf Veranlassung Hitlers die vermuteten überhöhten Zuteilungsgewichte bei Metallen gekürzt, bei denen die Versorgung kritisch war.¹³⁰ Dann beschlagnahmte die RStMe mit Anordnung 52 Ende Dezember in einem zweiten Schritt sogenannte Überbestände von Halbmaterial aus Aluminium, Kupfer, Blei und ihren Legie-

¹²⁵ Vgl. Tabelle, S. 235. Zu den Kapazitäten der Hütten für das Einschmelzen der Glocken: BArch, R 2/21593, RWMIn an RFMin, 4.6.1942.

¹²⁶ Vgl. Müller, Mobilisierung, in: DRZW, Bd. 5/1, S. 583, S. 606 und S. 617.

¹²⁷ Zur Münzmobilisierung: BArch, R 2/30810. Zu Details der Mobilisierung der Kupferwalzen, für die ein Gesamtertrag von 8.700 Tonnen erwartet wurde: BArch, R 2/21593. Erstmals bei einer Mobilisierungsmaßnahme hatte dabei das Reich eine Entschädigung zu leisten, die sich an den Ersatzbeschaffungskosten aus anderen Materialien orientierte. Auch im Protektorat wurden Kupferwalzen eingezogen und Ersatzbeschaffungskosten von ca. 1,60 Reichsmark pro Kilogramm erstattet.

¹²⁸ Vgl. Thomas, Wehr- und Rüstungswirtschaft, S. 478 f.

¹²⁹ BArch, RW 19/342, Bl. 72, Wochenbericht, 20.–25.10.1941. Zur Problematik der asymmetrischen Informationen und dem daraus resultierenden Hortungsphänomen vgl. Jonas Scherner, Die Grenzen der Informationsbeschaffung, -transfer und -verarbeitung in der deutschen Wehr- und Kriegswirtschaftsverwaltung im Dritten Reich, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 56 (2015), S. 99-135.

¹³⁰ BArch, RW 19/342, Bl. 112 f., Wochenbericht, 3.–8.11.1941.

rungen.¹³¹ Zugleich wurde der Einsatz diese Rohstoffe für nicht kriegswichtige Fertigungen verboten.¹³² Damit reagierten die Behörden offensichtlich darauf, dass die Anordnung 50 der RStMe vom März 1940 zur Anlieferung der Überbestände von Halbmaterial nur wenig erfolgreich gewesen war.¹³³

Anfang März 1942 wurde die Anordnung 52 abgelöst durch die Anordnung 52a, die für Blei, Kupfer, Nickel, Zink, Zinn und ihre Legierungen galt, und die Anordnung 52b, die Aluminium betraf. Anordnung 52a, von der sich die RStMe eine deutlich übertroffene Metallmenge von 40.000 Tonnen versprach,¹³⁴ verschärfte – vermutlich ausgelöst durch die nach wie vor schwierige Rohstofflage – das bisher geltende Regelwerk.¹³⁵ Jetzt waren mehr Metalle betroffen, zudem wurden neben Halbmaterial auch unfertige Gegenstände aus diesen Metallen erfasst. Außerdem waren mehr Betriebe von der Beschlagnahme betroffen, weil etwa auch Händler einbezogen wurden.¹³⁶ Die Überbestände, die jedes Quartal zu ermitteln waren, mussten auf Aufforderung der RStMe zum Verkauf angeboten werden. Entschädigungen orientierten sich an den staatlich festgelegten Metallpreisen.¹³⁷

Eine weitere Maßnahme, deren Einführung zwischen Ende 1941 und Frühjahr 1942 diskutiert wurde, betraf eine zweite Haushaltsmobilisierung. Schätzungen ergaben, dass dort noch eine der Metallspende vergleichbarer Menge verfügbar war.¹³⁸ Dabei hatte man aber noch nicht entschieden, ob eine weitere freiwillige Sammlung durchgeführt werden sollte, von der man sich aber angesichts der be-

¹³¹ Diese betrafen bei Erzeugern die gesamten Bestände an Halbmaterial, bei denen in den letzten drei Monaten keine Belieferung stattgefunden hat. Bei Halbmaterial, das noch ausgeliefert wurde, durften die Bestände nicht mehr als zwei Monate betragen. Bei Verarbeitern wurden diejenigen Lagerbestände an Halbmaterial und anderen Metallerzeugnissen beschlagnahmt, die erstens angesichts der zu diesem Zeitpunkt gültigen Fertigungsprogramme nicht mehr verwendet werden konnten, und zweitens bei den im Sinn der Anordnung verwendungsfähigen Beständen diejenigen Mengen, welche den üblichen Verbrauch von drei Monaten überschritten; vgl. Deutscher Reichsanzeiger und Preußischer Staatsanzeiger, Nr. 299 vom 22.12.1941, AO 52 der Reichsstelle für Metalle, betr.: Beschlagnahme von Lagerbeständen an Halbmaterial und anderen Metallerzeugnissen, 19.12.1941.

¹³² BArch, RW 19/342, Bl. 207, Wochenbericht, 1–6.12.1941.

¹³³ BArch, R 3101/11700, Bl. 27-39, Reichsbeauftragter für Metalle, 6.3.1940.

¹³⁴ BArch, R 121/1453, Roges, Hausmitteilung, 19.1.1945. Bis Ende 1943 wurden durch diese Maßnahme 57.000 Tonnen mobilisiert; BArch, R 2/21593, Voraussichtlicher Geldmittelbedarf für das Rechnungsjahr 1944/45.

¹³⁵ Ebenda, Anordnung 52a der Reichsstelle für Metalle, betr.: Beschlagnahme von Lagerbeständen an Metallen und Metallerzeugnissen, 3.3.1942, und RStMe an RWMin, 5.8.1942.

¹³⁶ Zugleich wurde auf Veranlassung von Rüstungsminister Albert Speer eine Verordnung erlassen, nach der unter anderem vorsätzlich falsche Angaben über Vorräte und Bedarf an Rohstoffen, mit Zuchthaus, und in „besonders schweren Fällen“ mit dem Tode bestraft werden würden; BArch, R 2/5101, Beauftragter für den Vierjahresplan, betr.: Strafbarkeit falscher Angaben über rüstungswirtschaftlich wichtigen Bedarf oder Vorrat, 28.4.1942. Allerdings wurde die Verordnung in der Praxis anscheinend kaum angewendet; vgl. Gitta Sereny, Albert Speer. Sein Ringen mit der Wahrheit, München 2001, S. 367 f.

¹³⁷ Vgl. Deutscher Reichsanzeiger und Preußischer Staatsanzeiger Nr. 163 vom 3.7.1942, Bekanntmachung 17 der Reichsstelle für Metalle.

¹³⁸ BArch, RW 19/343, Bl. 4 f., Wochenbericht, 5.–10.1.1942.

reits durchgeführten Metallspende nur ein geringes Aufkommen versprach, ob eine Metallsteuer – also die Zwangsabgabe einer bestimmten Menge pro Haushalt – eingeführt werden sollte, oder ob man zum scharfen Schwert der Beschlagnahme greifen wollte, die dann auch Gegenstände umfassen sollte, für die Ersatz notwendig war.¹³⁹ Die Idee einer Mobilisierung bei privaten Haushalten wurde aber fallen gelassen. Stattdessen entschied man sich im Sommer 1942, in den kommenden Monaten mit der Erfassung der noch vorhandenen metallischen Gegenstände der öffentlichen Verwaltung und der Partei (mit Ausnahme des „Braunen Hauses“ und des „Führerbaus“) zu beginnen.¹⁴⁰ Nur Gegenstände von besonderer kunsthistorischer Bedeutung und Büsten Hitlers und anderer NS-Größen waren ausgenommen.¹⁴¹

Angesichts des Problems, in kurzer Zeit Ersatz für Tür- und Fenstergriffe zu beschaffen, bestimmte das RWM allerdings kurz darauf, dass zunächst – anders als ursprünglich geplant – nur solche Gegenstände mobilisiert werden sollten, bei denen entweder kein Ersatz gestellt werden musste oder für die sich, etwa für Kronleuchter, auf dem freien Markt Ersatz beschaffen ließ.¹⁴² Zugleich sollte die Vorbereitung der Ersatzproduktion eingeleitet werden. Allerdings kam trotz dieser Vorbereitungen der Austausch im ersten Halbjahr 1943 nur schleppend in Gang, was sowohl an den zögerlichen Bestellungen seitens der Behörden als auch daran lag, dass es in der deutschen Mangelwirtschaft zu erheblichen Lieferverzögerungen kam, obwohl man die entsprechenden Ersatzbeschaffungen bereits im Mai 1942 in die prioritäre Dringlichkeitsstufe SS eingestuft hatte.¹⁴³

Dass Metallgegenstände, die Ersatzbeschaffungen notwendig machten, zunächst bei der öffentlichen Hand und nicht bei privaten Haushalten mobilisiert wurden, lag an der Schwierigkeit Ersatz zu beschaffen.¹⁴⁴ Aber gerade fehlender Hausrat würde, so fürchtete Goebbels im Frühjahr 1942, die Stimmung der Bevölkerung weiter verschlechtern.¹⁴⁵ Außerdem hatte gerade der Erste Weltkrieg gezeigt, dass die Beschlagnahmung von Haushaltsgegenständen vor einer entsprechenden Sammlung bei der öffentlichen Hand zu massiver Unzufriedenheit in

¹³⁹ BArch, R 2/30810, RWMin an RFMin, 23.12.1941. Vgl. auch Goebbels Tagebücher, Teil 2, Bd. 3, Einträge vom 3.3.1942 (S. 401-408) und 5.3.1942 (S. 413-420). Zur Definition der Metallsteuer vgl. Denton, *Metal*, S. 233.

¹⁴⁰ BArch, NS 18/548, Vorlage für Herrn Minister, 8.8.1942; R 2/6038, Bl. 404 f., RWMin verschiedene Stellen, 13.7.1942, und Bl. 406, Richtlinien der Reichsstelle für Metalle über die Metallerfassung im Bereich der öffentlichen Verwaltung.

¹⁴¹ Ebenda, Bl. 404 f., RWMin an verschiedene Stellen, 13.7.1942; Bl. 416, Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung an Herren Vorsteher der nachgeordneten Reichs- und Preußischen Dienststellen, 3.8.1942.

¹⁴² Ebenda, Bl. 423, Vermerk, 26.8.1942, und Bl. 459, Ergänzungsrichtlinien, 9.11.1942.

¹⁴³ Ebenda, Bl. 421 f., RWMin an verschiedene Stellen, 21.5.1942; Bl. 492, RWMin an Herren Sachbearbeiter für die Metallmobilisierung, 27.4.1943, und Bl. 531, Reichsstatthalter in Westmark und Chef der Zivilverwaltung in Lothringen, 18.5.1943.

¹⁴⁴ Vgl. Goebbels Tagebücher, Teil 2, Bd. 3, Eintrag vom 5.3.1942.

¹⁴⁵ Zudem stand eine Senkung der Lebensmittelrationen bevor; vgl. Buchheim, *Mythos*, S. 307-309.

Teilen der Bevölkerung führten.¹⁴⁶ Ebenso hatte damals die unzureichende Ersatzstellung beträchtlichen Unmut nach sich gezogen.¹⁴⁷ Mit anderen Worten, wieder spielten die erwarteten Auswirkungen auf die Stimmung der Bevölkerung eine gewichtige Rolle bei den Entscheidungen im Zusammenhang mit der „Metallmobilisierung“.

Daran änderte sich auch in den folgenden Jahren nichts: Laut einem 1943 im RWM erstellten Mobilisierungsplan sollten die meisten Zwangsmaßnahmen gegenüber privaten Haushalten wie etwa die Abgabe von Tür- und Fenstergriffen ebenso wie die gleichermaßen unpopuläre Abnahme der Läuteglocken erst nach der Ausschöpfung aller sonstiger Möglichkeiten durchgeführt werden.¹⁴⁸ Sogar der Austausch von kupfernen Feuerbüchsen bei Lokomotiven sollte früher beginnen, obwohl dieser Austausch die ebenso kriegswichtigen wie überanspruchten Lokomotiven für zwei Monate aus dem Verkehr zog. Von einer Metallsteuer, die noch Anfang 1942 für das Reich diskutiert wurde und die man in einigen besetzten Gebieten tatsächlich auch erhoben hatte, war keine Rede mehr. Rücksicht auf die Stimmung der Bevölkerung zeigte sich auch bei der Demontage von Denkmälern. Verschont bleiben sollten kunstgeschichtlich und historisch wertvolle Monumente, doch man gedachte auch Unmut in der Bevölkerung zu vermeiden und gegebenenfalls auf die Abnahme eines Denkmals zu verzichten, selbst wenn es eher unbedeutend war.¹⁴⁹ Später wurde sogar beschlossen, Friedhofsdenkmäler auszunehmen und, anders als ursprünglich festgelegt, Kriegerdenkmäler möglichst zu schonen.¹⁵⁰

Im Sommer 1942 setzten die Behörden zudem weitere Maßnahmen in Gang, die bereits Anfang 1940 als zukünftige Mobilisierungsfelder gegolten hatten, wenn sie auch aufgrund der Ersatzstellung nur schrittweise durchgeführt werden sollten und sich daher bis 1944 hinstreckten.¹⁵¹ Dazu gehörte etwa der Abbau von zinnernen Getränkeanlagen, kupfernen Gebäudeteilen und die Erlangung von Schriftmetall. Die anfallenden Kosten pro Tonne des jeweiligen Metalls überschritten die administrativ festgelegten Preise erheblich.¹⁵² Schließlich wur-

¹⁴⁶ BArch, R 3101/4093, Bl. 17 f., Leipziger Neuste Nachrichten, 28.4.1918, und Bl. 144, Reichstag, 13. Legislatur-Periode II. Session 1914/18.

¹⁴⁷ BArch, RH 61/85, Geschichte der Metall-Bewirtschaftung, erste Ausarbeitung, 1.2.1937. Vgl. auch Wiedenfeld, Organisation, S. 26. Auch in BArch, RH 61/881, Präsident der Kriegsgeschichtlichen Forschungsanstalt des Heeres an RWMin, 24.11.1942.

¹⁴⁸ BArch, R 3/1868, Bl. 42, Reichswirtschaftsministerium-Metallreferat, Entwicklung der deutschen Metallversorgung seit Kriegsbeginn und Vorschau bis zum Jahre 1946, Juli 1943.

¹⁴⁹ BArch, NS 25/1428, Bl. 22, Hauptamt für Kommunalpolitik, internes Schreiben, 1942, und Bl. 27-29, Reichsminister des Inneren an verschiedene Stellen, 18.4.1942.

¹⁵⁰ Ebenda, und R 2/21593, RFMin, Vermerk, 14.9.1942. Anfang 1943 wurde allerdings die Mobilisierung der Kriegerdenkmäler dann doch eingeleitet; BArch, NS 25/1428, Bl. 33, Partei-Kanzlei, vertrauliche Informationen, Ablieferung der Kriegerdenkmäler zur Verstärkung der Metallreserve, 16.2.1943.

¹⁵¹ Vgl. Anordnung, 15.3.1940, in: Deutsches Reichsgesetzblatt 1940/I. Auch in BArch, R 2/21593, RWMin an RFMin, 4.6.1942; RFMin, Vermerk, 14.9.1942, und R 36/2512, Reichsverkehrsgruppe Schienenbau, Rundschreiben, 2.7.1942.

¹⁵² BArch, R 2/21593, RWMin an RFMin, 4.6.1942, und RStMe an RWMin, 15.8.1942.

den noch auf Grundlage von bereits bei Kriegsbeginn aufgestellten, gestuften Mobilisierungsplänen für Buntmetalle bei der Reichsbahn verschiedene Maßnahmen eingeleitet. Sie betrafen etwa den Ausbau von Buntmetallgepäcknetzstücken und ihrem Austausch gegen Holz oder die ersatzlose Entfernung von Hinweisschildern und Seifenspendern in Waggontoiletten.¹⁵³ Offensichtlich gingen diese Maßnahmen bei der Reichsbahn nicht so schnell voran, wie der zu Aktionismus neigende Albert Speer das wünschte: Als er Mitte Dezember 1942 per Schlafwagen zum „Führerhauptquartier“ reiste, ließ er Messinggegenstände wie Garderobenhalter und Waschtischgriffe abschrauben und an den zuständigen Staatssekretär im Reichsverkehrsministerium, Albert Ganzenmüller, schicken – versehen mit dem Hinweis, sie der „Metallmobilisierung“ zur Verfügung zu stellen.¹⁵⁴

Wenn sich auch durch all diese Maßnahmen etwa zwei Monate des deutschen Kupferverbrauchs decken ließen, stellten sie bei weitem noch keinen Befreiungsschlag dar. Daher wurden im Frühsommer 1942 zwei deutlich „ergiebigere“ Maßnahmen beschlossen: die sogenannte Fellgiebelaktion, also die Erfassung des Kupfers aus entbehrlichen zivilen und militärischen Nachrichtenkabeln und Lichtleitungen, und die sogenannte Kupferaktion, worunter man die Mobilisierung und Substitution von kupfernen Hoch- und Mittelspannungsleitungen verstand.¹⁵⁵ Im Unterschied zu den bisherigen Mobilisierungsmaßnahmen unterstand die „Kupferaktion“ nicht mittelbar dem RWM, sondern Speer, so dass sie im Behördenschriftwechsel oftmals auch als „Kupferaktion Speer“ erscheint; federführend war dabei der Generalinspektor für Wasser- und Energie.¹⁵⁶

Der Austausch kupferner Stromleitungen war keine neue Idee und ging auch nicht auf Speer zurück. Erste Überlegungen hatte es bereits vor seinem Amtsantritt gegeben, und auch im Ersten Weltkrieg hatte man so etwas schon realisiert.¹⁵⁷ Bereits seit 1933 wurden in Deutschland aus Gründen der Devisenersparnis neue Stromleitungen fast ausschließlich aus Aluminium gefertigt, und man war sich darüber klar, dass bei Kupferkabeln ein hohes Mobilisierungspotenzial bestand.¹⁵⁸

¹⁵³ BArch, R 5/21802.

¹⁵⁴ BArch, NL 318/2, Bl. 124, R. Wolters, Chronik der Speerdienststellen, 1942, Dezember 1942. Zu Speers symbolischem Aktionismus in anderen Fällen, etwa bei Brandlöscharbeiten: BArch, NL 318/3, Bl. 98, R. Wolters, Chronik der Speerdienststellen, 1943 (Jan.–Juni), Juni 1943. Zu diesen Vorgängen vgl. auch Magnus Brechtken, Albert Speer. Eine deutsche Karriere, München 2017, S. 203.

¹⁵⁵ BArch, R 2/21593, RWMin an Reichsminister der Finanzen, betr.: Metallmobilisierung, 10.10.1942. Vgl. auch Thomas, Wehr- und Rüstungswirtschaft, S. 478 f.

¹⁵⁶ BArch, R 3/4020, Bl. 177-181a, Anlage 3 zum Erlass Amt Bau/OT (Kupferaktion), 27.6.1942; R 3101/20343, Generalinspektor für Wasser und Energie, Zusammenstellung der bei Einleitung der Kupferaktion getroffenen Maßnahmen, 17.12.1942; R 121/1397, Rüstungsminister, RWMin, Bestätigung, 23.6.1943, und R 3/385a, Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion an OT-Einsatzgruppen, 21.8.1944.

¹⁵⁷ BArch, RW 19/343, Wochenbericht, 5.–10.1.1942, und R 3101/20590, Reichskanzler an Magistrat zu Treuenbrietzen, 17.4.1918.

¹⁵⁸ Vgl. Max Hermann Haas/Adolf Beck, Austauschfolge der Leichtmetalle, in: Der Vierjahresplan 3 (1939), S. 66, und Johannes Stoye, Die geschlossene deutsche Volkswirtschaft. Geopolitik, Autarkie, Vierjahresplan, Leipzig 1937, S. 83.

Daher ist anzunehmen, dass schon Zimmermann diese Maßnahme Anfang 1940 unter den Mobilisierungsprojekten subsumierte, die erst zu einem späteren Zeitpunkt eingeleitet werden sollten, da sie infolge der notwendigen Ersatzgestaltung sehr kostspielig waren. Auch hatte das RWM Anfang 1942 den Plan aufgestellt, durch den Austausch von Kupferfreileitungen gegen Aluminiumkabel 40.000 Tonnen Kupfer zu mobilisieren.¹⁵⁹

Klar ist aber auch, dass die „Kupferaktion“ erst nach Speers Amtsantritt rasch Gestalt annahm und gegenüber den ursprünglichen Plänen des RWM massiv ausgeweitet wurde. Eine von Hitler bis zum 1. Mai verlangte Schätzung der auf diese Weise mobilisierbaren Kupfermenge ergab alleine für Starkstromleitungen 157.000 Tonnen¹⁶⁰ – was den deutschen Kupferverbrauch zu diesem Zeitpunkt für etwa acht Monate hätte sichern können. Kurze Zeit später stimmte Hitler der „Kupferaktion“ zu, für die Speer eine monatliche Mindestmenge von 3.500 Tonnen bestimmt hatte, womit sich etwa 20 Prozent des deutschen Monatsverbrauchs decken ließen.¹⁶¹ Insgesamt sollte die „Kupferaktion“ 120.000 Tonnen erbringen und etwa drei Jahre dauern, wobei man alleine für die Demontage und Montage monatlich 12.000 bis 14.000 Arbeiter benötigte. Die Arbeitskräfte wurden von den Energieversorgungsunternehmen, der Organisation Todt (OT) und der Wehrmacht gestellt, auch Strafgefangene kamen zum Einsatz.¹⁶² Die Zerlegung der Kabel erfolgte in spezialisierten Betrieben, unter anderem auch im Konzentrationslager Oranienburg. Die wirtschaftliche und finanzielle Abwicklung übernahm die im Mai 1942 zur Durchführung wirtschaftlicher Sonderaufgaben im Aufgabenbereich des Reichsministeriums für Bewaffnung und Munition gegründete Rüstungskontor GmbH.¹⁶³

Hinsichtlich des Mobilisierungsaufkommens war der Austausch kupferner Stromleitungen, der am 1. August 1942 im Generalgouvernement, im Protektorat und im Reich begann, zweifellos ein Erfolg. In Deutschland wurden bis 1944 etwa 60.000 Tonnen Kupfer gewonnen.¹⁶⁴ Im ersten Jahr wurde die von Speer festge-

¹⁵⁹ BArch, R 3112/100, Mobilisierung von Kupfer und Einsparung von Kupfer durch Aluminium, 27.2.1942.

¹⁶⁰ Vgl. Konferenzprotokoll vom 4.4.1942, in: Boelcke (Hrsg.), Deutschlands Rüstung, S. 90. Auch in BArch, RW 19/343, Bl. 232, Wochenbericht des Rohstoffamts, 4.–9.5.1942.

¹⁶¹ BArch, R 121/1894, Generalinspektor für Wasser und Energie an Leiter der Planungsgebiete, 12.5.1942. Vgl. auch Konferenzprotokoll vom 6./7.5.1942, in: Boelcke (Hrsg.), Deutschlands Rüstung, S. 107-114, hier S. 107. Ab Herbst 1943 wurde die „Kupferaktion“ auch auf die Erfassung auf Akkumulatoren-Altblei ausgedehnt; BArch, R 3/4020, Bl. 503-506, Generalinspektor für Wasser und Energie, 14.10.1943.

¹⁶² BArch, R 121/1894, Generalinspektor für Wasser und Energie an Leiter der Planungsgebiete, 12.5.1942; R 121/234, Aktenvermerk, Kupferaktion; R 3/4020, Bl. 16, Aufstellung über die Bewegung des Arbeitseinsatzes bei der Kupferaktion, Stand am 30.6.1943; Bl. 34, Reichsministerium Speer, Rüstungsausbau an Arbeitseinsatzreferat, 8.9.1943, und Bl. 503-506, Generalinspektor für Wasser und Energie, 14.10.1943.

¹⁶³ BArch, R 121/1894. Zu weiteren Aufgaben des Rüstungskontors: BArch, R 121/1397, Wirtschaftlicher Sonderdienst, 21.1.1943.

¹⁶⁴ Das gesamte Mobilisierungsaufkommen bis Ende 1943 betrug 43.000 Tonnen; BArch, R 3/1957, Bl. 95, 8. Wochenbericht des Planungsamts, 23.2.1944. Da im Folgenden laut Quellenangaben die Zielvorgabe unterschritten wurde, wird unterstellt, dass im Jahr 1944

legte Vorgabe deutlich über-, im folgenden Jahr unterschritten.¹⁶⁵ Das lag daran, dass zunächst die weniger arbeitsintensiven Freileitungen und erst dann die arbeitsintensiveren Ortsnetze abgebaut wurden. Zugleich machte sich 1944 der Arbeitskräftemangel stärker bemerkbar. Der große quantitative Erfolg – das in dieser Zeit erfasste Kupfer deckte etwa den Durchschnittsverbrauch für etwa vier Monate – wurde allerdings durch gewaltige volkswirtschaftliche Kosten erkauft, die mehr als dem Zehnfachen des Vorkriegsweltmarktpreises für Kupfer entsprachen, und somit diejenigen weit übertrafen, die bei den bisherigen Mobilisierungsmaßnahmen angefallen waren.¹⁶⁶

Die zweite wichtige Maßnahme zur Kupfermobilisierung betraf entbehrliche kupferne Nachrichtenkel. Federführend war das RWM, das so in etwa zwei Fünftel des Aufkommens der „Kupferaktion“ aufbrachte, wobei allerdings die Gewinnungskosten pro Tonne Kupfer um etwa 75 Prozent niedriger waren.¹⁶⁷ Durchgeführt wurde diese Maßnahme vom General der Nachrichtentruppen Erich Fellgiebel, der seit 1938 Generalbevollmächtigter für technische Nachrichtenmittel des Vierjahresplans war.¹⁶⁸ Wie bei der „Kupferaktion“ war auch hier die Rüstungskontor GmbH mit der finanziellen Abwicklung betraut und wie bei der „Kupferaktion“ wurden auch bei der „Fellgiebelaktion“ Arbeiter der OT für den Ausbau herangezogen und in den SS-Betrieben Deutsche Ausrüstungswerke GmbH und Deutsche Erd- und Steinwerke GmbH Oranienburg beschäftigte KZ-Häftlinge bei der Zerlegung der Kabel eingesetzt.¹⁶⁹

statt der geplanten 3500 Monatstonnen nur noch etwa die Hälfte pro Monat mobilisiert wurde. Zur „Kupferaktion“ in Westeuropa: BArch, R 3/385a, Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion an OT-Einsatzgruppen, 21.8.1944; R 121/1397, Schreiben Speers, 25.9.1942, betr.: Kupferaktion, und R 3/4020, Bl. 139, Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion an den OT-Einsatzgruppenleiter West, 14.7.1944.

¹⁶⁵ BArch, R 3/4020.

¹⁶⁶ Eigene Berechnung auf der Grundlage der Angaben in BArch, R 121/1305, Niederschrift über die 1. Beiratssitzung des Rüstungskontors am 15.2.1944.

¹⁶⁷ BArch, R 3/1957, Bl. 95, 8. Wochenbericht des Planungsamts, 23.2.1944; Rüstungsminister an RWMin, 23.6.1943; R 2/21593, Voraussichtlicher Geldmittelbedarf für das Rechnungsjahr 1944/45. Vgl. auch Müller, Mobilisierung, in: DRZW, Bd. 5/1, S. 366. Die Kupfergewinnungskosten wurden aufgrund der Angaben der „Fellgiebelaktion“ in Frankreich berechnet, die nur ein geringes Aufkommen hatte; BArch, R 121/331, OKW an Höherer Nachrichtenführer beim Militärbefehlshaber in Frankreich, 20.4.1944. Für Informationen zur „Fellgiebelaktion“ in Frankreich: BArch, R 121/1052.

¹⁶⁸ Vgl. Dietmar Petzina, Autarkiepolitik im Dritten Reich. Der nationalsozialistische Vierjahresplan, Stuttgart 1968, S. 121. Nach dem Attentat vom 20.7.1944 wurde Erich Fellgiebel verhaftet. Seither firmierte diese Maßnahme im Behördenschriftverkehr nur noch als „Mangelmetallaktion“.

¹⁶⁹ Vgl. Konferenzprotokoll vom 4.4.1942, in: Boelcke (Hrsg.), Deutschlands Rüstung, S. 90; Walter Naasner, Neue Machtzentren in der deutschen Kriegswirtschaft 1942–1945. Die Wirtschaftsorganisation der SS, das Amt des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz und das Reichsministerium für Bewaffnung und Munition, Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion im nationalsozialistischen Herrschaftssystem, Boppard am Rhein 1994, S. 332. Auch in BArch, R 121/601, Generalbevollmächtigter für technische Nachrichtenmittel an Fa. Mix, 23.10.1943, und Reichsstelle Eisen und Metalle an Rüstungskontor GmbH, 19.7.1943.

Mit den zwischen Herbst 1941 und Sommer 1942 eingeleiteten Maßnahmen waren die wesentlichen Mobilisierungsquellen erschlossen. In der folgenden Zeit wurden manche bereits begonnene Maßnahmen beschleunigt durchgeführt.¹⁷⁰ Zudem entschied man sich dafür weitere, im Allgemeinen aber nur verhältnismäßig wenig ertragreiche Maßnahmen durchzuführen, die aufgrund der Ausbaukosten und notwendigen Ersatzbeschaffungen zumeist sehr kostspielig waren.¹⁷¹ Gewisse Spielräume eröffnete auch die strategische Luftoffensive der Alliierten; so konnten etwa Stromkabel aus zerstörten Städten geborgen werden.¹⁷² Ende Oktober 1944 führte dann der Arbeitskräftemangel zu der Entscheidung, die meisten laufenden Programme der „Metallmobilisierung“ weitgehend einzustellen oder zu verschieben.¹⁷³

V. Die „Metallmobilisierung“ im Zweiten Weltkrieg – eine Bewertung

Vergleicht man die „Metallmobilisierung“ zwischen 1940 und 1944 mit ihrer Blaupause aus dem Ersten Weltkrieg, so zeigt sich, dass das im Zweiten Weltkrieg erzielte Metallaufkommen wesentlich größer war. Bei Kupfer gewann man die doppelte, bei Zinn sogar mehr als die fünffache Menge.¹⁷⁴ Ähnliches galt für einzelne Maßnahmen: Wurden im Ersten Weltkrieg 67.500 Glocken abgenommen, aber nur zum Teil auch verwertet, betrug die entsprechende Anzahl im Zweiten Weltkrieg 102.500 Glocken, von denen der Großteil auch eingeschmolzen wurde.¹⁷⁵ Dieses größere Aufkommen lässt sich unter anderem damit erklären, dass das NS-Regime – anders als die Behörden im Ersten Weltkrieg – nicht erst eine Organisation zur Durchführung der Mobilisierung schaffen musste, sondern auf die bereits mit Bewirtschaftungsmaßnahmen betraute RStMe zurückgreifen konnte. Weiterhin hatten es im Ersten Weltkrieg nicht genügend Altmetallraffinationsanlagen gegeben; auch das technologische Wissen zur Lösung von Wiedergewin-

¹⁷⁰ So etwa bei „Schriftmetallmobilisierung“, indem etwa nur noch eine Tageszeitung in einem bestimmten Gebiet erscheinen durfte, oder bei der „Glockenmobilisierung“, indem die Abnahme, allerdings noch nicht Einschmelzung der C-Glocken eingeleitet wurde; BArch, R 4901/12288, RStMe an Reichsminister a. D. und Generalforstmeister von Keudell, 14.1.1944. Vgl. auch Eichholtz, *Geschichte*, Bd. 2, S. 370.

¹⁷¹ BArch, R 4901/12288, Konservator der Kunstdenkmäler an die Herren Denkmalpfleger, 11.3.1944; R 36/2512, Reichsverkehrsgruppe Schienenbahnen, Rundschreiben, 15.7.1943, und RW 19/102, Bl. 255, Kriegswirtschaftlicher Lagebericht Nr. 55, Februar 1944. Vgl. auch *Deutscher Reichsanzeiger* und *Preußischer Staatsanzeiger*, Nr. 64, 16.3.1944.

¹⁷² BArch, R 121/1894, Generalinspektor für Wasser und Energie an Leiter der Planungsgebiete, 1.2.1944, und R 3/385a, Generalinspektor für Wasser und Energie, 4.9.1944.

¹⁷³ BArch, R 4901/12288, Konservator der Kunstdenkmäler an die Herren Denkmalpfleger, 23.10.1944, und R 36/2512, Reichsverkehrsgruppe Schienenbahnen, Rundschreiben, 30.11.1944.

¹⁷⁴ Vgl. Tabelle, S. 235. Auch in: BArch, RH 61/695, Metall-Mobilisierung. Bei Zinn hatte das Mobilisierungsaufkommen, relativ zu dem des Zweiten Weltkriegs, allerdings eine ähnliche Größenordnung wie bei Kupfer, wenn man nicht die eingeschmolzenen, sondern die abgenommenen Glocken einbezieht.

¹⁷⁵ BArch, R 3101/4098, Bl. 212, Zur Frage der Wiederherstellung der Kirchenglocken, 20.8.1919. Vgl. auch Freeman, *European Church Bells*, S. 450.

nungsproblemen war seinerzeit noch arg begrenzt gewesen.¹⁷⁶ Bereits in den 1930er Jahren hatte die Altmaterialverwertung einen signifikanten Aufschwung genommen. Mit staatlicher Hilfe war in die Erweiterung von Verarbeitungskapazitäten investiert, waren die Forschung und Entwicklung von Recyclingtechnologien vorangetrieben worden. Weitere Gründe für das größere Aufkommen im Zweiten Weltkrieg lassen sich allerdings nicht direkt auf Lehren aus dem Ersten Weltkrieg zurückführen, sondern sind speziellen, die Mobilisierung begünstigende Rahmenbedingungen in der NS-Diktatur geschuldet: So war der NS-Staat stärker zentralisiert, daher kamen Partikularinteressen weniger stark zur Geltung, und er war erheblich repressiver.¹⁷⁷

Was den Rückhalt in der Bevölkerung anbelangt, hatte das NS-Regime ebenso versucht, aus dem Ersten Weltkrieg zu lernen. So appellierten Staats- und Parteiführung bei der Metallspende – in vielen Fällen wohl erfolgreich – an die Opferbereitschaft der Bevölkerung. Gleichermäßen versuchte das Regime, Maßnahmen, die politisch heikel waren wie die Glockenabnahme, solange wie möglich hinauszuzögern. Erst das Scheitern des Blitzkriegs gegen die Sowjetunion führte bei der Glockenfrage zu einem Umdenken. Doch der Zeitpunkt dieses Umdenkens taugt nicht als Beleg für die von Vertretern der Blitzkriegswirtschaftshypothese behauptete Schonung der Bevölkerung in der ersten Kriegshälfte. Denn auch in der zweiten Kriegshälfte vermieden die Behörden eine zwar immer wieder diskutierte, aber nie angeordnete allgemeine Zwangssammlung bei privaten Haushalten, obwohl sich dadurch nach Schätzungen der Behörden erhebliche Mengen an wertvollen Metallen hätten gewinnen lassen. Gemessen an den Arbeitskosten wäre diese Maßnahme sicher wesentlich günstiger für die deutsche Volkswirtschaft gewesen als die meisten Mobilisierungsmaßnahmen in der zweiten Kriegshälfte, die zeitaufwendige Demontage-, Montage- und Zerlegungsarbeiten erforderten. Dasselbe galt für den Verzicht auf die Abnahme der Läuteglocken zugunsten des Abbaus zinnerner Bierleitungen.

Solange es Alternativen gab, war also Rücksicht auf die Bevölkerung ein wesentlicher Faktor, der die Entscheidung für oder gegen eine bestimmte Mobilisierungsmaßnahme maßgeblich beeinflusste. Dazu zählte nicht nur, unpopuläre Maßnahmen hinauszuzögern, sondern, falls eine Ersatzgestaltung notwendig war, darauf zu achten, dass diese auch ausreichend und rechtzeitig vorhanden war. Auch wurden Maßnahmen, wie die Denkmalmobilisierung vorgezogen, deren Ertrag unbedeutend war, von denen man aber glaubte, sie könnten die Akzeptanz notwendiger, aber unpopulärer Maßnahmen erhöhen. Insgesamt lässt sich feststellen, dass die NS-Führung sowohl in der ersten als auch in der zweiten Kriegshälfte die Auswirkungen auf die Stimmung der Bevölkerung in ihre Entschei-

¹⁷⁶ Vgl. Wiedenfeld, Organisation, S. 26.

¹⁷⁷ Dies zeigt sich etwa an der offenen Missachtung der Läuteglockenvorschrift im Ersten Weltkrieg, als oft nicht die kleinste, sondern die größte Glocke als Läuteglocke eingestuft wurde; BArch, R 3101/4098, Bl. 20-30, Sitzung der Metallmachungsstelle am 22.1.1918; Bl. 65, Nachtrag zur Anweisung an die Kommunalverbände zur Bekanntmachung Nr. M 1/1.17 K.R.A., 1.3.1917, und Bl. 76, Minister für geistliche und Unterrichts-Angelegenheiten an Oberpräsidenten, Kiel, 31.3.1918.

dungen miteinbezog. Dieser Befund bestätigt generelle Interpretationen, die betonen, wie wichtig die Stimmung der Bevölkerung für Entscheidungen der NS-Führung, insbesondere Hitlers, im Krieg gewesen ist.¹⁷⁸

Es gab also bei der „Metallmobilisierung“ durchgängig einen Primat der Politik und keinen Primat der Wirtschaftlichkeit, jedenfalls nicht in dem Sinn, dass die Abfolge der Maßnahmen strikt nach dem Gesichtspunkt der Höhe ihrer Kosten gemessen an knapper Arbeitskraft bestimmt worden wäre. Allerdings war dieser Primat der Politik letztendlich doch von einem kriegswirtschaftlichen Kalkül bestimmt: Ein Durchhalten der Bevölkerung und damit auch die Funktionsfähigkeit der Kriegswirtschaft waren eben nur dann zu gewährleisten, wenn vermeidbare Unzufriedenheit auch wirklich vermieden wurde. Unter den verbliebenen, als politisch einigermaßen akzeptabel erachteten Maßnahmen waren dann freilich wirtschaftliche Überlegungen im engeren Sinne handlungsleitend. Es wurden üblicherweise diejenigen Maßnahmen zunächst in Angriff genommen, die – gemessen am Aufwand für Ersatzbeschaffung und Montagekosten – am günstigsten waren. Vergleicht man diese auch explizit formulierten Leitlinien mit der Abfolge der Mobilisierungsmaßnahmen im Ersten Weltkrieg, so hat es so etwas damals nicht gegeben. Zwar galt auch im Ersten Weltkrieg als Kriterium für die Reihenfolge der durchzuführenden Maßnahmen die Frage, ob Ersatz notwendig war oder nicht. Von diesem Prinzip ging man aber oft ab, je nachdem „welche Mengen in raschester Zeit und leicht erfassbar waren“, und man führte die Aktion auch dann durch, wenn der notwendige Ersatz nicht bereitstand.¹⁷⁹ Mit anderen Worten: Im Ersten Weltkrieg wogen Schnelligkeit und zu erwartendes Aufkommen schwerer als politische Erwägungen und kriegswirtschaftliche Opportunitätskosten im engeren Sinn.

Wenden wir uns zuletzt der Frage nach der Bedeutung Speers für den quantitativen Erfolg der „Metallmobilisierung“ zu. Zweifellos war die „Metallmobilisierung“ nach Speers Amtsantritt erfolgreich, unabhängig davon ob man sie mit dem Aufkommen in der ersten Kriegshälfte oder ob man ihr Ist- mit dem Soll-Aufkommen vergleicht, jedenfalls vor Sommer 1944.¹⁸⁰ Allerdings profitierte Speer ebenso wie in anderen Bereichen der Kriegswirtschaft von Vorarbeiten aus der ersten Kriegshälfte. So beruhte die Steigerung des Metallaufkommens 1942 weitgehend auf Entscheidungen vor Speers Amtsantritt, ganz abgesehen davon, dass – bis auf die „Kupferaktion Speer“ – der neue Rüstungsminister erst ab Mitte 1943 de jure die Weisungsbefugnis für die gesamte „Metallmobilisierung“ erhielt. Zudem beruhten fast alle Maßnahmen, die nach Speers Amtsantritt beschlossen wurden, auf Plänen, die man in der ersten Kriegshälfte erarbeitet hatte, oder stellten – wie

¹⁷⁸ Vgl. Ulrich Herbert, *Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert*, München 2014, S. 390, S. 494 und S. 504.

¹⁷⁹ Vgl. Joseph Koeth, *Rohstoffbewirtschaftung*, in: *Handbuch der Politik*, hrsg. von Gerhard Anschütz u. a., Bd. 2: *Der Weltkrieg*. Berlin/Leipzig³ 1920, S. 224-235, hier S. 230.

¹⁸⁰ Sowohl bei Kupfer als auch Blei wurden etwa 1943 die Sollzahlen deutlich übertroffen; vgl. Jonas Scherner, *Bericht zur deutschen Wirtschaftslage 1943/44. Eine Bilanz des Reichsministeriums für Rüstung und Kriegsproduktion über die Entwicklung der deutschen Kriegswirtschaft bis Sommer 1944*, in: *VfZ* 55 (2007), S. 499-546, hier S. 521.

die Beschlagnahmung der Metallbestände bei Unternehmen – eine Fortführung von bereits existierenden Maßnahmen dar.

Allerdings ist auch klar, dass die „Kupferaktion“, deren quantitative Zielsetzung Speer gegenüber den ursprünglichen Plänen des RWM erheblich erweitert hatte, etwa zwei Drittel des in den beiden letzten Kriegsjahren mobilisierten Kupfers ausmachte. Kriegswirtschaftlich betrachtet war jedoch der Austausch kupferner Stromleitungen, der erst im Spätjahr 1942 begann, ebenso wie die Fortsetzung anderer Kupfer- und Zinnmobilisierungsmaßnahmen seit 1943, fragwürdig. Deutschland hätte mit den Anfang 1943 vorhandenen Kupfervorräten, die um fast 50 Prozent höher waren als bei Kriegsausbruch, und unter Einbeziehung des normalen deutschen Metallaufkommens aus Bergbau und dem Recycling von Alt- und Abfallmetall auch ohne Mobilisierung noch 37 Monate seinen erwarteten Verbrauch decken können, selbst wenn man in einem ungünstigen Szenario unterstellt, dass es ab 1944 zu keinen Importen mehr gekommen wäre.¹⁸¹ Damit hatte sich die Ausgangslage hinsichtlich der Deckungsdauer gegenüber dem Vorjahr um 70 Prozent beziehungsweise 15 Monate verbessert. Bei Zinn war die Situation ähnlich – dort waren die Vorräte Anfang 1943 sogar mehr als doppelt so hoch wie zu Kriegsbeginn und hätten unter den gleichen Annahmen wie bei Kupfer den Verbrauch für 45 Monate gedeckt. Und aus der Perspektive von Anfang 1944 hätte man, selbst wenn man in einer Art Extremszenario für die Zeit ab 1945 unterstellt, dass es zu gar keinen Zugängen mehr gekommen wäre, noch 34 Monate (Kupfer) beziehungsweise 30 Monate (Zinn) des erwarteten Verbrauchs decken können – auch ohne dass die „Metallmobilisierung“ 1944 fortgesetzt worden wäre.

Insgesamt kam es zwischen Anfang 1943 und Sommer 1944 zu einer massiven Erhöhung der Vorräte an Zinn und Kupfer, was etwa zur Hälfte auf die laufenden Mobilisierungsmaßnahmen im Reich zurückzuführen ist.¹⁸² Diese Mobilisierung band jedoch viele Arbeitskräfte, und dies in einer Kriegswirtschaft, in der Arbeitskraft der bestimmende Knappheitsfaktor war. Allein der Austausch kupferner Stromleitungen beschäftigte im Jahresdurchschnitt über 35.000 Mann für Montage, Demontage und Ersatzstoffproduktion. Fast genauso viele Arbeiter waren im Herbst 1943 im gesamten Reichsgebiet im Luftschutzbau eingesetzt.¹⁸³

¹⁸¹ Die folgenden Berechnungen beruhen auf den Angaben zu den erwarteten Zugängen sowie Verbrauch (BArch, R 3/1868, Bl. 8, 17, Reichswirtschaftsministerium-Metallreferat, Entwicklung der deutschen Metallversorgung seit Kriegsbeginn und Vorschau bis zum Jahre 1946, Juli 1943), zu Beständen zum jeweiligen Jahresanfang (BArch, R 3/1797, Statistische Schnellberichte zur Kriegsproduktion), und zu den Mobilisierungssollzahlen (BArch, R 3/1957, Bl. 95, 8. Wochenbericht des Planungsamts, 23.2.1944).

¹⁸² Ein weiterer wesentlicher Faktor für das rasche Anwachsen der Vorräte waren Substitutionsmaßnahmen, die sich auch darin äußerten, dass die Unternehmen ihre zugeteilten Kontingente nicht voll verbrauchten; BArch, R 3/576.

¹⁸³ Vgl. Scherner, Bericht, S. 525. Die Beschäftigtenzahl bei der „Kupferaktion“ wurde auf der Grundlage der Angaben zu dem Kupferaufkommen, den Ausgaben für diese Maßnahme, und der Annahme, dass ein Arbeiter pro Jahr 2.400 Reichsmark kostete, geschätzt.

Warum aber kam es dann seit 1943 zu dieser – wie es scheint – Übermobilisierung, von der Hitler sicher gewusst haben dürfte?¹⁸⁴ Der entscheidende Grund dafür dürfte sein, dass Deutschland 1943 die militärische Initiative verloren hatte, was der Führungsspitze des Regimes nicht entgangen war.¹⁸⁵ Speer sah nach eigenem Bekunden Anfang 1943 aufgrund der militärischen Entwicklung nicht mehr, wie Deutschland den Krieg aus eigener Kraft siegreich zu Ende führen konnte.¹⁸⁶ Der Minister glaubte, es sei von nun an die einzige Chance für Deutschland, auf Fehler der gegnerischen Seite zu warten.¹⁸⁷ Ähnlich äußerte sich der Chef des Wehrmachtsführungsstabs, Alfred Jodl, im November 1943 vor den Gauleitern in München, als er hervorhob, dass Deutschland an der Ostfront nicht mehr in der Lage sei, offensive Operationen durchzuführen. Die Initiative sei auf den Gegner übergegangen, so dass es nun, da unklar sei, wie der Krieg weitergehe, auf „Ausdauer“ ankomme.¹⁸⁸ Kriegswirtschaftlich bedeutete dies aber, dass man sich letztendlich darauf einstellen musste, den Abnutzungskrieg möglichst lange durchzuhalten, weil nicht klar war, wann es zu diesen Fehlern des Gegners kommen würde. Man wollte anscheinend, wie die obigen Berechnungen nahelegen, zu gegebener Zeit dazu in der Lage sein, möglichst viele Arbeitskräfte nicht für die Rohstoffproduktion, sondern in anderen Sektoren der Kriegswirtschaft einzusetzen. Dieses Kalkül wiederum macht verständlich, warum man bewusst die Vorräte erhöhte, obwohl auch unter extrem ungünstigen Szenarien der Bedarf für Jahre gedeckt war. Dazu passt, dass der Zeithorizont der Metallbewirtschaftungspläne ab 1943 mit dreieinhalb bis vier Jahren um etwa ein bis eineinhalb Jahre länger war, als dies zwischen Kriegsbeginn und Mitte 1942 der Fall war.¹⁸⁹

Insgesamt folgt aus diesen Überlegungen, dass der größere Ertrag der „Metallmobilisierung“ in der zweiten Kriegshälfte weniger als Beleg für ein effizienteres Management interpretiert werden sollte, sondern vielmehr als Indikator für die

¹⁸⁴ Hitler bekam regelmäßig die Statistischen Schnellberichte, anhand derer sich die Entwicklung von Verbrauch, Zugang und Bestand von Rohstoffen verfolgen ließ, vorgelegt; vgl. Rainer Fremdling, Zur Bedeutung nationalsozialistischer Statistiken und Statistiker nach dem Krieg. Rolf Wagenführ und der United States Strategic Bombing Survey (USSBS), in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 57 (2016), S. 589-613, hier S. 595. Von Speer wurde Hitler wiederholt über die Mobilisierungsmaßnahmen informiert; BArch, NL 318/3, R. Wolters, Chronik der Speerdienststellen, 1943 (Jan.–Juni), Bl. 34, März 1943, und Bl. 46, April 1943.

¹⁸⁵ Vgl. Peter Longerich, Hitler. Biographie, München 2015, S. 932.

¹⁸⁶ Vgl. Rolf-Dieter Müller, Albert Speer und die Rüstungspolitik im totalen Krieg, in: DRZW, Bd. 5/2: Organisation und Mobilisierung des Deutschen Machtbereichs, Stuttgart 1999, S. 275-776, hier S. 276 f.

¹⁸⁷ Vgl. Ulrich Schlie (Hrsg.), Albert Speer. Die Kronsberg-Protokolle 1945, München 2003, S. 434 f.

¹⁸⁸ „Preliminary Draft of a Lecture on the War Situation Given by Jodl to the Reich and Gau Leaders in Munich, 7 November 1943“, in: Trial of the Major War Criminals before the International Military Tribunal, Bd. 37: Documents and other Material in Evidence. Numbers 257-F to 180-L, Nürnberg 1949, Dok. 172-L, S. 630-669, hier S. 641, S. 666 und S. 668.

¹⁸⁹ BArch, RW 19/336, Wochenbericht 5.–10.2.1940; RW 19/2336, Bl. 5-13, Rüstungsamt, Voraussichtliche Deckungsmöglichkeiten, Stand 1.6.1942, und R 3/1868, Bl. 3 f., Reichswirtschaftsministerium-Metallreferat, Entwicklung der deutschen Metallversorgung seit Kriegsbeginn und Vorschau bis zum Jahre 1946, Juli 1943.

strategische Ratlosigkeit und den Verlust der militärischen Initiative. Interessanterweise stellt die beschriebene Ausweitung des Planungshorizonts bei der Metallbewirtschaftung im Zweiten Weltkrieg eine Wiederholung dessen dar, was im Ersten Weltkrieg passiert war. In der zweiten Hälfte des Ersten Weltkriegs war dieser auf Veranlassung der Obersten Heeresleitung von drei auf fünf Jahre ausgedehnt worden, da nicht klar war, wann der Krieg enden würde.¹⁹⁰ Und auch 1918 hätte Deutschland, was die Versorgung mit Nichtmetallen angeht, aus eigener Kraft den Kampf noch für einige Zeit – über das Jahr 1919 hinaus – fortsetzen können.¹⁹¹ Man könnte daher die These vertreten, dass das NS-Regime bei den konkreten Maßnahmen der „Metallmobilisierung“ in vielerlei Hinsicht aus dem Ersten Weltkrieg gelernt hat. Dennoch kam es zu einem Lernversagen im großen Stil, da die NS-Führung wie schon 1914 einen Mehrfrontenkrieg gegen eine überlegene Koalition führte.¹⁹²

¹⁹⁰ Vgl. Koeth, Rohstoffbewirtschaftung, in: Handbuch der Politik, S. 232.

¹⁹¹ Vgl. Richard Tröger, Technik in der Metallwirtschaft, in: Max Schwarte, Die Technik im Weltkrieg, Berlin 1920, S. 514-525, hier S. 524.

¹⁹² Zu diesem Lernversagen vgl. Priemel, Lernversagen, in: Krumeich (Hrsg.), Nationalsozialismus, S. 321.